

### Die "Zeitschrift für Geopolitik" zwischen 1951 und 1968: Korea-, Vietnam- und Kalter Krieg aus deutscher und eurasischer Sicht

Dostal, Jörg Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dostal, J. M. (2017). Die "Zeitschrift für Geopolitik" zwischen 1951 und 1968: Korea-, Vietnam- und Kalter Krieg aus deutscher und eurasischer Sicht. *Journal of the Korean-German Association for Social Sciences / Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften*, 27(4), 3-52. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55600-3>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Free Digital Peer Publishing Licence zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

#### Terms of use:

This document is made available under a Free Digital Peer Publishing Licence. For more information see: <http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>



## Die "Zeitschrift für Geopolitik" zwischen 1951 und 1968: Korea-, Vietnam- und Kalter Krieg aus deutscher und eurasischer Sicht

The Journal of Geopolitics (Zeitschrift für Geopolitik) between 1951 and 1968: German and Eurasian Analysis of the Korean and Vietnam Wars During the Cold War Era

---

**저자  
(Authors)** Jörg Michael Dostal

**출처  
(Source)** [한독사회과학논총 27\(4\)](#), 2017.12, 3-52 (50 pages)  
[Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften 27\(4\)](#), 2017.12, 3-52 (50 pages)

**발행처  
(Publisher)** [한독사회과학회](#)  
K-G Association For Social Sciences

**URL** <http://www.dbpia.co.kr/Article/NODE07286035>

**APA Style** Jörg Michael Dostal (2017). Die "Zeitschrift für Geopolitik" zwischen 1951 und 1968: Korea-, Vietnam- und Kalter Krieg aus deutscher und eurasischer Sicht. [한독사회과학논총](#), 27(4), 3-52.

**이용정보  
(Accessed)** 서울대학교  
147.47.80.\*\*\*  
2018/01/17 10:24 (KST)

---

### 저작권 안내

DBpia에서 제공되는 모든 저작물의 저작권은 원저작자에게 있으며, 누리미디어는 각 저작물의 내용을 보증하거나 책임을 지지 않습니다. 그리고 DBpia에서 제공되는 저작물은 DBpia와 구독계약을 체결한 기관소속 이용자 혹은 해당 저작물의 개별 구매자가 비영리적으로만 이용할 수 있습니다. 그러므로 이에 위반하여 DBpia에서 제공되는 저작물을 복제, 전송 등의 방법으로 무단 이용하는 경우 관련 법령에 따라 민, 형사상의 책임을 질 수 있습니다.

### Copyright Information

Copyright of all literary works provided by DBpia belongs to the copyright holder(s) and Nurimedia does not guarantee contents of the literary work or assume responsibility for the same. In addition, the literary works provided by DBpia may only be used by the users affiliated to the institutions which executed a subscription agreement with DBpia or the individual purchasers of the literary work(s) for non-commercial purposes. Therefore, any person who illegally uses the literary works provided by DBpia by means of reproduction or transmission shall assume civil and criminal responsibility according to applicable laws and regulations.

# Die „Zeitschrift für Geopolitik“ zwischen 1951 und 1968: Korea-, Vietnam- und Kalter Krieg aus deutscher und eurasischer Sicht

Jörg Michael Dostal \*

## Inhaltsverzeichnis

- I. Einleitung: Die Zeitschrift für Geopolitik von 1951 bis 1968
- II. Vom regionalen Machtgleichgewicht zur globalen US-Hegemonie: Geopolitisches Denken bei Mahan, Mackinder, Haushofer und Spykman
- III. Die Zeitschrift für Geopolitik von 1951–1955: Nationalneutralismus und Kritik der Logik des Kalten Krieges
- IV. Die Zeitschrift für Geopolitik von 1956–1968: Von der Kritik des Kalten Krieges zur Metapolitik der Gewaltlosigkeit
- V. Fazit: Geopolitik zwischen Theorie und Ideologie

## <Zusammenfassung>

Dieser Artikel untersucht die dritte Publikationsperiode der Zeitschrift für Geopolitik, die seit 1951 in der Bundesrepublik Deutschland zunächst durch Karl Heinz Pfeffer (1951 bis 1955) und danach von Rolf Hinder (1956 bis 1968) herausgegeben wurde. Das Monatsblatt war vorher bereits in der Weimarer Republik und im NS-Deutschland erschienen. In der Einleitung werden die Herausgeber Pfeffer und Hinder, beide

---

\* Associate Professor, Graduiertenschule für öffentliche Verwaltung (GSPA), Seoul National Universität

promovierte Soziologen, kurz vorgestellt. Im zweiten Teil werden vier klassische geopolitische Denker, nämlich Alfred T. Mahan, Halford J. Mackinder, Karl Haushofer (Gründungsherausgeber der Zeitschrift für Geopolitik von 1924 bis 1944) und Nicholas J. Spykman erörtert. Es wird gezeigt, wie ihre häufig gegenläufigen Ideen im Kalten Krieg Verwendung finden.

Der dritte und vierte Teil behandelt Versuche der Entwicklung eines westdeutschen „Nationalneutralismus“ und die darauf folgende Hinwendung der Zeitschrift zu einer machtkritischen und pazifistischen Position, die sich teilweise in Reaktion auf die Erfahrung des Korea- und Vietnamkriegs herausbildet. Im Schlussteil wird die fortdauernde Relevanz eurasischer Kontinentalblockideen einerseits und globaler Hegemonieverlangen andererseits – Denkfiguren der klassischen Geopolitik – in Gegenwartskonflikten zwischen den USA, Russland und China herausgestellt.

**Schlüsselwörter:** Eurasien, Geopolitik, Kalter Krieg, Koreakrieg, Vietnamkrieg, Zeitschrift für Geopolitik

## I . Einleitung: Die Zeitschrift für Geopolitik von 1951 bis 1968

Dieser Artikel analysiert ausgewählte Inhalte der Zeitschrift für Geopolitik (ZfGp) zwischen ihrer Neuherausgabe 1951 in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Publikationseinstellung am Ende des Jahres 1968. Die Untersuchung betrifft somit die dritte Periode dieser auch aus heutiger Sicht wichtigsten geopolitischen Zeitschrift im deutschen Sprachraum. Die Geschichte der ZfGp lässt sich dabei in drei Perioden gliedern. Die erste Periode umfasst die Ausgaben der Zeitschrift in der Weimarer Republik (1924 bis 1932), die zweite Periode die Ausgaben während des NS-Regimes (1933 bis September 1944). In beiden Zeiträumen wurde die Monatspublikation

durch den Hauptherausgeber Karl Haushofer geprägt, der sie zwischen Januar 1924 und September 1944 (Einstellung der ZfGp wegen kriegsbedingtem „Papiermangel“) maßgeblich anleitete. Die Rolle der Zeitschrift in diesen beiden Perioden ist in der akademischen Literatur häufiger analysiert worden (vgl. u. a. Jacobsen, 1979a, 1979b; Spang, 2013; Dostal, 2016a).

Dagegen ist die dritte Phase der Zeitschrift, nämlich ihre Neuherausgabe in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen 1951 und 1968 in der akademischen Literatur weitgehend ignoriert worden. Der vorliegende Artikel füllt diese Forschungslücke und untersucht die Inhalte der ZfGp unter der Herausgeberschaft der Soziologen Karl Heinz Pfeffer (1951 bis 1955) und Rolf Hinder (1956 bis 1968). Um die Materialfülle der etwa 15000 Zeitschriftenseiten zu bewältigen, wird dabei der Schwerpunkt auf die Behandlung des Konflikts zwischen den USA und der Sowjetunion im Kalten Krieg und besonders die Region „Eurasien“ sowie den Korea- und Vietnamkrieg gelegt. Neben einer kritischen Analyse des Kalten Kriegs möchte dieser Beitrag geopolitische Kontinuitäten aufzeigen, die vor und nach Ende dieser Periode weiterwirken.

Der Aufbau des Artikels ist wie folgt: Zunächst wird in diesem Abschnitt der akademische Hintergrund der beiden letzten Herausgeber der Zeitschrift kurz skizziert. Im zweiten Abschnitt werden vier klassische geopolitische Theoretiker vorgestellt, deren Ideen die Artikel, die in der ZfGp veröffentlicht wurden, explizit oder implizit maßgeblich beeinflusst haben. Dabei handelt es sich um den US-Amerikaner Alfred T. Mahan, den Briten Halford J. Mackinder, den Deutschen Karl Haushofer und den Niederländer (seit 1928 US-Amerikaner) Nicholas J. Spykman.

Im dritten Abschnitt werden dann ausgewählte Artikel diskutiert, die während der Herausgeberschaft von Pfeffer (1951 bis 1955) veröffentlicht wurden. In dieser Phase war die Zeitschrift eine der wenigen westdeutschen Publikationen, in der ein überwiegend nationalneutralistischer Ton vorherrschte, d. h. die meisten Autoren rieten der westdeutschen Öffentlichkeit zu einer kritischen Distanz sowohl gegenüber Washington als auch gegenüber Moskau.

Im vierten Abschnitt wird die Herausgeberschaft von Hinder (1956–1968) beleuchtet. Einerseits findet sich in dieser letzten Phase eine Fortsetzung des nationalneutralistischen Kurses, andererseits eine Kritik traditioneller Machtpolitik aus pazifistisch–idealistischer Sicht. Zugleich war die letzte Phase der ZfGp durch einen teilweisen Bruch mit dem früheren Autorenkreis bei gleichzeitiger Hinwendung zu neuen Themen, wie der Unterstützung afrikanischer Antikolonialbewegungen und der Bewegung der Blockfreien Staaten gekennzeichnet. Im Fazit des Artikels wird gezeigt, wie sehr Themen der Zeitschrift besonders auch für die Erklärung heutiger Konflikte zwischen den USA einerseits und Russland und China andererseits relevant bleiben, bzw. wie die Handlungen heutiger Akteure durch Bezug auf klassische geopolitische Ideen besser verstanden werden können.

Zur Einführung wird nun kurz auf die Biographien der beiden letzten Herausgeber der Zeitschrift eingegangen. Herausgeber Pfeffer (1905–1971) hatte einen biographischen Hintergrund in der deutschen Jugendbewegung, war Student der Anglistik und Soziologie mit Aufhalten an der Sorbonne, der LSE und der Universität Stanford. Er erhielt ein Rockefeller–Stipendium und wurde 1934 bei dem bekannten konservativen Soziologen Hans Freyer in Leipzig habilitiert. Er wurde aktiver Nationalsozialist und genoss während der NS–Zeit eine steile akademische Karriere, während der er in etablierten akademischen Fachzeitschriften, nicht jedoch der ZfGp, publizierte.

Pfeffer verlor 1936 bei einem Unfall ein Augenlicht und büßte an Sehkraft auf dem zweiten Auge ein. Aufgrund dieser Verletzung war er nicht wehrdiensttauglich. Dies half ihm indirekt bei seiner weiteren akademischen Karriere. Während des Zweiten Weltkriegs war er zunächst Direktor der Abteilung Großbritannien der „Auslandswissenschaftlichen Fakultät“ der Berliner Friedrich–Wilhelms–Universität (heute Humboldt–Universität) und dann, seit 1943 bis zum Kriegsende, Dekan der Auslandswissenschaftlichen Fakultät. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang Pfeffer der Wiedereinstieg in akademische und publizistische Arbeiten als Abteilungsleiter im Hamburger Institut für Weltwirtschaft. Sein Festhalten an Ideen einer „deutschen

Schule der Soziologie“ bis in die fünfziger Jahre hinein scheint nach dem Zweiten Weltkrieg auch organisatorisch fortbestanden zu haben. Er war Mitglied einer „Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft (e. V.)“, in der einige politisch prominente Figuren der frühen Bundesrepublik – einige mit NS-Hintergrund, andere unbelastet – tätig waren (Botsch, 2006: 239, 242–244, 268–269).

Was die ZfGp betrifft, beschränkte sich Pfeffer auf die Rolle des Herausgebers und veröffentlichte selbst mit Ausnahme einer kurzen Bilanz seiner Tätigkeit in der letzten Nummer des Jahres 1955 keine eigenen Artikel. Nach Ende seiner Herausgeberschaft war Pfeffer vor allem als Entwicklungssoziologe (u. a. mit Gastprofessur in Pakistan) tätig und äußerte sich selbstkritisch über seine politische Vergangenheit. Er publizierte auch nach 1955 nicht mehr in der Zeitschrift.<sup>1)</sup>

Der letzte Herausgeber Hinder (1928–2012) verantwortete Anfang 1956 die Fusion der Zeitschrift für Geopolitik mit der Fachzeitschrift „Gemeinschaft und Politik“, die mit einer nur dreijährigen Publikationsgeschichte v. a. zum Thema Raum- und Städteplanung und mit geographischem Bezug auf Westdeutschland publiziert worden war. Der 1952 an der Universität Würzburg promovierte Soziologe Hinder hatte zuvor in der ZfGp zwei kurze Beiträge veröffentlicht, war aber sonst akademisch noch nicht in Erscheinung getreten. Anders als Pfeffer versah er die Herausgeberrolle äußerst aktiv und veröffentlichte regelmäßig – fast in jeder Ausgabe – Artikel und Briefe an die Leser. Die Zeitschrift wurde nun von einem „Institut für Geozoiologie und Politik“ herausgegeben, welches zunächst in Bonn Bad Godesberg und dann in Gladenbach/Hessen ansässig war. Dabei wollte Hinder „in dem Ringen um ein neues politisches Weltbild eine von ‚Ost‘ und ‚West‘ gleichermaßen unabhängige, eigenständige Haltung vertreten“ (1957: 60). Am Ende des Jahres 1968 wurde die ZfGp eingestellt. Später führte Hinder einen auf die Politik der Gewaltlosigkeit

---

1) Für kurze Zeit war neben Pfeffer auch der Verleger Kurt Vowinkel im Impressum als Herausgeber aufgeführt. Vowinkel war ebenfalls NSDAP-Mitglied gewesen und hatte 1941 in einem Artikel der Zeitschrift „wissenschaftlich“ bewiesen, dass der gerade erfolgte Angriff Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion mit dem Angriff Napoleons auf Russland nicht vergleichbar sei, da die Motorisierung die Rolle des Raums bei der Abwehr fremder Truppen dramatisch reduziert habe.

ausgerichteten Verlag, der u. a. deutsche Übersetzungen der Werke Gandhis veröffentlichte.

## II. Vom regionalen Machtgleichgewicht zur globalen US-Hegemonie: Geopolitisches Denken bei Mahan, Mackinder, Haushofer und Spykman

Geopolitische Denker sind zunächst Repräsentanten ihrer Epoche. Ihre Weltsicht ist aufgrund der sich ständig ändernden Beziehung zwischen geographischen und politischen Faktoren immer in Gefahr, der Wirklichkeit hinterherzuhinken und in falschen Gewissheiten zu erstarren. Geographische Faktoren tragen in sich ein Element der relativen Kontinuität (in unserem Zeitalter des Errichtens künstlicher Inseln und des Abschmelzens der Polkappen müssen wir diese „relative“ Kontinuität immer berücksichtigen), andererseits umfasst Geopolitik in jeder Epoche auch völkerpsychologische, globalsoziologische, technologische und andere Faktoren. Geopolitisches Denken stiftet Ideen, die in Handlungsanweisungen umgesetzt werden können. Eine direkte Verbindung zwischen Idee und Handlung kann entstehen, wenn die Idee „auf fruchtbaren Boden fällt“, um ein geographisches Bild zu gebrauchen.

Die vier hier kurz dargestellten klassischen geopolitischen Denker, nämlich der Amerikaner Alfred T. Mahan (1840–1914), der Brite Halford J. Mackinder (1861–1947), der Deutsche Karl Haushofer (1869–1946) und der in den Niederlanden geborene und später an der Yale Universität lehrende US–Amerikaner (seit 1928) Nicholas J. Spykman (1893–1943) unterscheiden sich in ihrem Stil und in ihren geopolitischen Absichten grundsätzlich.

Trotzdem lässt sich anhand ihrer Ideen die Geschichte der Geopolitik des 19. und 20. Jahrhunderts gut nachvollziehen, d. h. die Ablösung der britischen durch die US–amerikanische Hegemonie als Folge der beiden Weltkriege. Im Sinn einer

Epochenaufteilung besteht die geopolitische Geschichte aus einer Periode der britischen Hegemonie von 1815 bis 1914, die jedoch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bereits im Abstieg begriffen ist und in ihrer Tendenz – besonders durch die US–amerikanische und deutsche Herausforderung – in eine multipolare Weltordnung mündet. Die Periode der beiden Weltkriege zwischen 1914 und 1945 ist ihrer Tendenz nach ebenfalls multipolar, insbesondere existiert eine Konkurrenz zwischen den die Weltordnung herausfordernden Staaten (Deutschland, Sowjetunion, Japan und Italien) und den Staaten, die den Status quo verteidigen, besonders den europäischen Kolonialmächten England und Frankreich.

Die USA sind seit 1898 sichtbar Kolonialmacht – man denke etwa an die „Pazifizierung“ der Philippinen – verwende(te)n jedoch Begriffe wie „dependent territory“ zur Umschreibung ihrer Machtausübung, die nach 1945 als Neokolonialismus bezeichnet werden wird. Gleichzeitig hielten sie sich besonders mit Bezug auf China durch ihre Doktrin der „Open Door Policy“ Spielraum für die Erweiterung ihrer Einflusszone auf Kosten der Konkurrenzkräfte vor. Nach dem Zweiten Weltkrieg entsteht dann in Tendenz eine bipolare Weltordnung, jedoch hat diese (wie unten noch weiter ausgeführt wird) einen asymmetrischen Charakter, d. h. die Landmacht Sowjetunion ist in jedem Jahrzehnt der Systemkonkurrenz zwischen 1945 und 1991 der See– und globalen Führungsmacht USA klar unterlegen.

Seit 1991 führt das „Ende der Ideologien“ – beide Konkurrenten sind nun kapitalistische Marktwirtschaften – nicht zu einem Ende geopolitischer Spannungen zwischen den USA und Russland, sondern im Gegenteil zu ihrer tendenziellen Eskalation. Die USA versuchen nun die der Sowjetunion bzw. Russland entgleitenden Staaten und Regionen unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein weiterer Hauptfaktor der Weltpolitik seit 1991 ist der wirtschaftliche Aufstieg Chinas, der auch stellvertretend für die anderen neuen Industriestaaten des 21. Jahrhunderts zeigt, dass die Vormacht der USA in Frage steht. Hier ist ein Szenario der Wiederherstellung der Multipolarität denkbar, wie sie vor 1815 und zwischen 1914 und 1945 bestand.

Neben allgemeinen Veränderungen im internationalen System sind für die zukünftige

Entwicklung vor allem die Beziehungen zwischen der Hegemonialmacht USA und den beiden anderen Großmächten Russland und China entscheidend. Seit dem Wiedereintritt Chinas in das internationale System als Großmacht nach dem Tod von Mao Zedong 1976 sind die USA und China wirtschaftlich eng verbunden. Andererseits haben Russland und China ihre politischen Beziehungen gestärkt. In diesem Zusammenhang ist Hillary Clintons Erklärung aus dem Jahr 2013, man werde China zukünftig mit „Abwehrraketen umstellen“ geopolitisch – man denke an die gemeinsame Landgrenze zwischen Russland und China – nur dann denkbar, wenn gleichzeitig die andere Großmacht Russland mit umstellt wird (Gallo, 2016). Dies deutet den neuen Konfliktzyklus unserer Gegenwart an. Tatsächlich vertrat Clinton hier Ansichten über die Rolle der US-Hegemonie, wie sie bereits durch den Yale-Professor Spykman 1942 und 1943 formuliert worden waren und bis heute die US-Außenpolitik bestimmen.

Es wird nun kurz auf die vier geopolitischen Denker eingegangen. Die ersten beiden, Mahan und Mackinder, vertraten die amerikanische und englische Seemacht. Beide sahen die Kontinentalmächte, vor allem Deutschland und Russland, als potentielle Bedrohung der Dominanz der anglo-amerikanischen Seemächte, wie sie vor 1914 existierte. Haushofer war dagegen ein Theoretiker der Landmacht, verstanden als eurasische Kontinentalmacht im geopolitischen Konflikt mit amerikanischer und englischer Seemacht. Spykman schließlich „überwand“ jegliche geopolitische Selbstbeschränkung, wie sie bei den früheren Autoren noch existierte, und wünschte stattdessen den Aufbau einer globalen Kombination aus Land- und Seemacht durch die USA, d. h. die globale US-Führungsrolle auf allen Kontinenten.

Um mit Mahan zu beginnen, der Ausgangspunkt seines Denkens ist die Überlegenheit der See- über die Landmacht. Er versteht Seemacht dabei als notwendige Voraussetzung der Kontrolle von Transport- und Handelswegen und somit der Gewinnung wirtschaftlicher Macht, die wiederum die militärische Entfaltung fördert. Die Seeblockade des napoleonischen Frankreich durch das maritime England, wie auch das Scheitern der von Napoleon daraufhin verhängten „Kontinentalsperre“ (dem

Versuch der Unterbindung englischer wirtschaftlicher und militärischer Eingriffe auf dem Kontinent), sah er als Ursache für die Niederlage Napoleons. Tatsächlich konnte England seine Alliierten auf dem europäischen Kontinent als „Festlanddegen“ immer wieder neu ausrüsten, blieb aber selbst vor einer Invasion Napoleons aufgrund seiner Insellage geschützt. Im Denken Mahans erschienen die USA als der natürliche Nachfolger englischer Weltseemacht, denn die USA waren eine Insel kontinentalen Ausmaßes, kombinierten also zugleich See- und Landmacht.

Noch während Mahans Lebenszeit bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs vollzog sich tatsächlich die Teilablösung der englischen Seemacht durch die USA. Der Ausgangspunkt für diese imperiale Nachfolge war die Monroe-Doktrin der USA von 1823, die das US-amerikanische Verlangen an die europäischen Kolonialmächte beinhaltet, auf Interventionen auf dem amerikanischen Kontinent zu verzichten. Diese Doktrin wurde allerdings zunächst durch die britische Royal Navy durchgesetzt, denn die US Navy war für kontinentalweite Einsätze noch zu schwach. Durch den US-Krieg gegen Spanien 1898 wurden die Reste des spanischen Kolonialbesitzes – die Philippinen, Guam, Puerto Rico – durch die USA annektiert. Kuba wurde formal unabhängig, war jedoch tatsächlich unter US-Kontrolle. Die US-amerikanische maritime Machtausübung wurde danach durch den Bau des Panamakanals (vollendet 1914) weiter erleichtert, da die Flotte nun zwischen Atlantik und Pazifik verschoben werden konnte.

Besonders wichtige Äußerungen Mahans über die von ihm gewünschte zukünftige US-Strategie finden sich in seinem Buch „The Problem of Asia“, welches 1900 veröffentlicht wurde. Ausgehend von der Monroe-Doktrin und indirekt gegen den Ausspruch des ersten US-Präsidenten George Washington polemisierend, der vor außenpolitischen Bündnisverstrickungen („foreign entanglements“) mit den europäischen Mächten gewarnt hatte, forderte er eine Fortsetzung der US-Expansion in Asien sowie die Bereitschaft, auch Allianzen mit europäischen Mächten zu erwägen, solange diese für die USA von Vorteil sein könnten.

Es lohnt sich, einige seiner Gedanken im Original zu zitieren, denn sie fielen auf

fruchtbaren Boden. Zunächst bekannte er sich dazu, dass die Monroe-Doktrin einerseits und die Idee einer US-Selbstbeschränkung im Hinblick auf Konkurrenzkräfte außerhalb des amerikanischen Kontinents andererseits in keiner Weise miteinander verbunden waren: „[N]either the one nor the other possesses any legal standing, any binding force... We are at liberty to abandon either at once... Regarded, however, purely as a matter of policy, and as such accepted as wise, by what process of reasoning is it to be established that either the one rule or the other bars us, on the ground of consistency, from asserting what we think our rights in Asia?” (1900: 13–14).

Was die Monroe-Doktrin anging, war sie aus seiner Sicht eine Taktik, die keine Relevanz für das amerikanische Auftreten in Asien haben sollte. Beschränkung der Konkurrenzkräfte bedeutete keinesfalls Selbstbeschränkung: „We took advantage, in short, of an opportunity extended to us by fortunate conditions to assure our national quiet. (...) [B]ut we have had no scruples of justice or of expediency as to the extension of territory in this [American] hemisphere, where no such final adjustments had been reached. Now in Asia we are confronted at this moment by questions in which our interests will probably largely be involved. (...) [I]f such action should involve use of territory, directly or incidentally, by possession or by control – sphere of influence – it will only be because decadent conditions there shall hereafter have resulted in a lack of power, either to perpetuate a present system or to resist encroachments which the progress of the world under the impulse of more virile states is sure to entail” (1900: 14–15).

Auch bezüglich der Rolle Russlands findet sich bereit bei Mahon die Vorstellung, es handele sich um die führende Landmacht der Welt und somit um eine permanente Gefahr für die britische Position in Asien. Russlands Rolle wird folgendermaßen erklärt: „To this element of power – central position – is to be added the wedge-shaped outline of her territorial projection into central Asia, strongly supported as this is, on the one flank, by the mountains of the Caucasus and the inland Caspian Sea – wholly under her control – and on the other by the ranges which extend from

Afghanistan, northeasterly, along the western frontier of China. From the latter, moreover, she as yet has no serious danger to fear. (...) Russia, in obedience to natural law and race instinct, is working, geographically, to the southward in Asia by both flanks, her centre covered by the mountains of Afghanistan and the deserts of eastern Turkestan and Mongolia. Nor is it possible, even if it were desired, to interfere with the internal action, the mutual support, of the various sections of this extended line, whose length under the physical and political conditions is less an element of weakness; for the Russian centre cannot be broken. It is upon, and from, the flanks of this great line that restraint, if needed, must come...” (1900: 25–26; vgl. auch 43–44).

Aus Mahans Charakterisierung Russlands und besonders der Beschreibung seiner verletzlichen Flanken (hier konnten Leser des frühen 20. Jahrhunderts nur an Deutschland und Japan denken) ergab sich auch Mahans gemeinsame Typisierung der USA, Englands und Deutschlands als „teutonische Nationen“, um gemeinsame Interessen an der Kontrolle Russlands zu betonen bzw. vorzutäuschen. Mit Bezug auf die gegenüberliegende Flanke war England zu dieser Zeit bereits dabei, ein Allianzabkommen mit Japan gegen Russland abzuschließen (1902), d. h. die geopolitische Wirklichkeit folgte der Theorie auf den Fuß.

Wenn man sich nun den Schriften des britischen Autors Mackinder zuwendet und dabei Mahans Asienbuch im Kopf behält, fällt bei der Parallelektüre auf, wie sehr die Ideen von Mahan durch Mackinder wiederverwendet werden. Was Mackinder hinzufügt, ist im Wesentlichen die Popularisierung von Mahans Idee der Landfestung Russland und das Anführen historischer Beispiele für die Konflikte zwischen Land- und Seemächten seit den Mongolenstürmen des 13. Jahrhunderts. Außerdem prägt Mackinder einige eingängige Sinnsprüche, wie die Gegenüberstellung der „Räuber des Meeres und der Steppe“, und entwickelt ein geopolitisches Vokabular zur Analyse der Landmacht Russland. Diese Terminologie, also die Beschreibung der den Seemächten entzogenen russischen Landflächen in Zentralasien, dem Ural und in Sibirien als „Region des Dreh- und Angelpunkts“ (pivot area), „Herzland“ (heart-land)

und „Weltinsel“ (world-island) sind als Konzepte bereits bei Mahan angelegt, den Mackinder auch einmal beiläufig als „Captain Mahan“ in seinem berühmten Artikel von 1904 erwähnt (Mackinder, 1904: 334; vgl. auch 1919, 1943).

Ein weiterer von Mackinder entwickelter Begriff ist der des „Nach-Kolumbus-Zeitalters“, also seine Beobachtung, dass das Zeitalter der Entdeckungen, welches maßgeblich auf Seemacht gründete, mit dem Abschluss des 19. Jahrhunderts zu Ende ging. Im 20. Jahrhundert bildete die Welt dagegen geopolitisch ein geschlossenes System. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens erlaubte aus Mackinders Sicht nun den Landmächten eine Verbesserung ihrer ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten. Mahans Doktrin der natürlichen Überlegenheit der Seemacht stand also nun in Frage. Ähnliche Ideen waren allerdings schon Jahrzehnte vor Mackinder von Friedrich List entwickelt worden, der die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Raumnutzung in seinen Studien der USA und Deutschlands untersucht hatte (Palacio, 2013).

Abgesehen von Mackinders Synthese der Ideen anderer geopolitischer Denker muss man das im Vergleich zu Mahan neue Element in seinem Denken unterstreichen, nämlich die Warnung vor einer möglichen deutsch-russischen Allianz. Diese sah er als Hauptgefahr für die zukünftige Position des britischen Empires. Auch andere zeitgenössische britische Autoren, wie der Geograph James Fairgrieve, folgten in dieser Hinsicht seinem Beispiel. So fasste Fairgrieve in seiner geopolitischen Weltbetrachtung Deutschland und Russland zum gemeinsamen Idealtyp „Der Wald“ zusammen, welcher für ihn die Landmacht repräsentierte (1925: Kap. XII). Beide britischen Autoren hatten somit keinerlei Interesse an Mahans Konzept der Einbindung Deutschlands als einer von drei „teutonischen“ Nationen in eine anglo-amerikanische Allianz.

Als geopolitischer Strategie der Landmacht vertrat Haushofer die Gegenposition zu Mahan und Mackinder. Ausgehend von seiner kritischen Lektüre der anglo-amerikanischen Autoren schlug er zunächst 1913 in seiner ersten Buchveröffentlichung „Dai Nihon“ die Bildung eines „Druck-Abwehrverbands“ der Landmächte Deutsches

Reich, der österreichisch–ungarischen Doppelmonarchie und des imperialen Russland vor. Diese Allianz wollte er zusätzlich um die schwächste der Hauptseemächte seiner Zeit, Japan, erweitern. Ein solches Bündnis sah er als notwendige Antwort auf die durch die Seemächte England und USA verfolgte Strategie an, welche er als „Anakondapolitik“ bezeichnete – benannt nach der Seeschlange, die in südamerikanischen Küstenregionen im Wasser und an Land anzutreffen ist und die ihre Opfer erwürgt. Aus seiner Sicht basierte die anglo–amerikanische Politik auf der Besetzung strategischer eurasischer Küstenregionen mit dem Ziel der Kontrolle der Welthandelswege.<sup>2)</sup> Durch diese eurasische (und globale) Stützpunktpolitik sollten aus Haushofers Sicht die konkurrierenden europäischen Zentralmächte Deutschland und Österreich–Ungarn eingekreist und die koloniale Unterwerfung der asiatischen Monsunländer und anderer Weltregionen festgeschrieben werden.

Das Hauptziel der von Haushofer vorgeschlagenen Gegenstrategie war das Bündnis zwischen den beiden eurasischen Hauptlandmächten seiner Zeit, Deutschland und Russland. Der Kern seiner Idee – zumindest teilweise eine Fortsetzung der Politik Bismarcks gegenüber Russland, eher noch die Wendung von einer Taktik bei Bismarck zu einer Strategie bei Haushofer – ist die Hoffnung auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland als fortgeschrittenem Industriestaat und Russland als der potentiell in dynamischer Entwicklung befindlichen eurasischen Zentralmacht voller Rohstoffe und anderer Ressourcen. Aus einer von Haushofer erhofften symbiotischen Beziehung beider Länder zum gegenseitigen Vorteil sah er die Unverwundbarkeit beider Staaten in der Weltpolitik erwachsen.

Haushofer lehnte in jeder Phase seines Lebens eine Spaltung der Hauptlandmächte

---

2) Die Bezeichnung „Anakondapolitik“ bezog sich aus Haushofers Sicht auf England und die USA, obwohl auch die anderen europäischen Kolonialmächte – bis 1918 also auch das imperiale Deutschland – in vielen Weltregionen eine ähnliche Politik verfolgt hatten oder es – wie in China – zu einer Art Kollektivimperialismus gekommen war. Allerdings hatte das britische Kolonialreich vor dem Ersten Weltkrieg die meisten der strategisch für die Weltschifffahrt wichtigen Punkte schon unter seine Kontrolle gebracht und zugleich US–amerikanische und japanische Gegenbestrebungen in dieser Hinsicht inspiriert.

und Kriege zwischen ihnen entschieden ab. Auch China zählte er dabei als Landmacht mit und erwartete das baldige Abstreifen kolonialer Fremdbestimmung. Er sah sich in diesem Zusammenhang durch den deutsch-sowjetrussischen Vertrag von Rapallo 1922 als auch durch den zunächst geheimen sowjetisch-japanischen Grundlagenvertrag von 1925 über den Abzug der japanischen Truppen aus Nord-Sachalin in seiner Vision vom „ost-eurasiatischen Zukunftsblock“ wie auch einer möglichen antikolonialen Einigung der asiatischen Monsunstaaten auf ihrem Weg zur Selbstbestimmung bestätigt (Haushofer, 1924, 1925). Zusätzlich berief er sich auch auf den ersten Präsidenten der Republik China, Sun Yat-sen, der noch kurz vor seinem Tod gefordert hatte, die „Hand Russlands [zu ergreifen], bei dem Werke, die Rechte der Asiaten zu sichern“ (Haushofer, 1930: 20).

Basierend auf seinen Erfahrungen als Asienreisender und Militärbeobachter in Japan vor dem Ersten Weltkrieg sowie als Student der Geschichte der asiatischen Monsunländer Japan, China und Indien argumentierte er in erster Linie für die Existenz gemeinsamer historischer Interessen dieser asiatischen Länder im Hinblick auf die Bedrohung von außen (Spang, 2013). Er erklärte einerseits, dass Japan und China in ihrer langen Geschichte fast nie gegeneinander Krieg geführt hätten. Andererseits sah er Grenzkonflikte zwischen China und Russland – wie schon in der Vergangenheit – als leicht auf dem Verhandlungsweg lösbar an.<sup>3)</sup> Aus Haushofers Sicht war China das Hauptopfer der westlichen Machtpolitik in der Region. Die seit 1842 durch die Serie der ungleichen Verträge und den britischen Opiumimport ausgelöste Entkräftung dieses Landes sah er aber als überwindbar an. Auch die auf die Revolution von

---

3) Aus heutiger Sicht ist eine Schwäche des Haushoferschen Denkens sein relativ geringes Interesse an den kleineren asiatischen Nationen wie z. B. Vietnam und Korea. Sicher hätte man bei Betrachtung z. B. der Geschichte des chinesisch-vietnamesischen Verhältnisses das Element einer Interessensharmonie der asiatischen Mächte in Frage stellen müssen. Allerdings unterschätzt man Haushofer, wenn man ihm Unkenntnis unterstellt. So betonte er in seinen Japanbetrachtungen immer die Existenz einer japanischen „Mischrasse“, stellte dabei z. B. mongolische und koreanische Einwanderungsströme und die Inkorporierung der Ainu-Bevölkerung in den Mittelpunkt seiner historischen Betrachtungen. Gerade das historische Element der Vermischung der Bevölkerung führte bei ihm möglicherweise zu einer Unterschätzung des modernen Nationalismus und der sich daraus ergebenden inneren Konfliktlinien Asiens.

1911 folgende weitere Destabilisierung Chinas durch sich untereinander bekämpfende – und dabei von den Kolonialmächten gegeneinander gestützte – Warlords war aus seiner Sicht ein Symptom der Fremdbestimmung. Sie konnten darum nicht als Zeichen der inneren Schwäche Chinas als Nation gewertet werden.

Später interpretierte er den Angriff Japans auf China und den Krieg zwischen Nazi–Deutschland und der Sowjetunion als Niederlage seiner Strategie. Zu keinem Zeitpunkt erwartete er in diesem Zusammenhang „Siege“ der deutschen und japanischen Aggressoren. Stattdessen sah er Selbstzerstörung voraus, nämlich den Verlust der geopolitischen Autonomie aller europäischen Länder und Japans. Die einzige Ausnahme war aus seiner Sicht dabei die Sowjetunion, die als größte Landmacht der Erde auch diesen Konflikt überstehen und dann den USA in einem neuen Konfliktzyklus entgetreten würde (Haushofer, 1943).<sup>4)</sup>

Was Haushofers Konzept der geopolitischen Weltordnung betraf, unterstützte er regionale Ordnungssysteme, die er als Pan–Regionen bezeichnete. Einerseits konnte man dies als eine Art Globalisierung der Monroe–Doktrin verstehen, diesmal im Sinn einer multipolaren Weltordnung. So dachte er an vier Pan–Regionen, nämlich die amerikanische, euro–afrikanische, zentralasiatische und ostasiatische Region. Solche Überlegungen Haushofers sind später von anglo–amerikanischen und sowjetischen Autoren als eine Art Beihilfe zur Nazi–Politik der Eroberung von Lebensraum gewertet worden. Allerdings gibt es gute Gründe, eine solche Wertung abzuweisen.

---

4) Die Ergebnisadresse Haushofers an Hitler, die in der Zeitschrift für Geopolitik nach dem Überfall Nazi–Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 veröffentlicht wurde, war dem Zwang der Umstände und der Bedrohung der Familie Haushofer geschuldet. Sie gab Haushofers wahre Haltung nicht wieder. Dies muss den langjährigen Lesern der Zeitschrift auch 1941 schon klar gewesen sein. Die Folgeveröffentlichungen von Haushofer bis zur Einstellung der Zeitschrift 1944 unterstrichen, dass er lediglich den Sturz der alten europäischen Mächte und Japans erwartete. Um eine typische Äußerung herauszugreifen, sprach er z. B. davon, dass „die USA. ihre imperialistischen Kräfteinsätze vorbereiten, in denen auch die Westmächte Europas nur Schachfiguren waren und die einzigen Spieler im großen in Washington und Moskau zum dritten Weltkrieg übrigbleiben sollten“ (1943: 328).

Einerseits entwickelte Haushofer seine Überlegungen zu Pan-Regionen schon vor dem Aufstieg der Nazis am Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Solche Ideen waren im geopolitischen Denken seiner Zeit, auch dem der liberal-internationalistischen Kreise, man denke etwa an die „Paneuropa-Union“ von Richard v. Coudenhove-Kalergi, angelegt. Sehr viel hängt hier von der Verwendung von Sprache, also vom Diskurs ab. Im 21. Jahrhundert wird z. B. niemand mehr den Begriff „Großraum“ im geopolitischen Zusammenhang verwenden wollen, da er durch seine Benutzung in der NS-Zeit zu Recht dauerhaft unbrauchbar geworden ist.

Andererseits ist der Begriff „Europäische Integration“ en vogue und hat fast schon den Charakter einer Litanei. Man sollte darum klarstellen, dass Haushofer die Idee der Pan-Regionen vor allem als antikoloniale (und damit in erster Linie als gegen das britische Empire gerichtete) Strategie entwickelt hatte. Adolf Hitlers Denken war dagegen seit dem Beginn seiner politischen Tätigkeit von Bewunderung dieses Empires geprägt, mit dem er ein geopolitisches Bündnis zur Beherrschung der Welt eingehen wollte.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass Haushofers Ideen über Pan-Regionen im Kontext der europäischen Machtpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg – gewissermaßen in polemischer Absicht und ausschließlich bezogen auf denkbare Koalitionen vor der Entfesselung des Krieges selbst – wieder aufgegriffen wurden. Jedoch wurden sie dabei auf die Abgrenzung von Interessensphären verkürzt und das Element der Kooperation zum gegenseitigen Vorteil und der Wunsch nach einer Friedens- statt Kriegsordnung, der bei Karl Haushofer und seinem Sohn Albrecht sicher vorhanden war, ging verloren.

Interessanterweise war es gerade Joseph Stalin, der wiederholt einen eurasischen Kontinentalblock erwog, waren ihm doch die Westmächte Frankreich und England beim Versuch der Bildung einer Anti-Hitler-Koalition bis 1939 in keiner Weise entgegengekommen. Dabei war der Realpolitiker Stalin bereit, ideologische Fragen unter den Tisch fallen zu lassen. Die internationale kommunistische Bewegung war dabei aus seiner Sicht nur ein Hilfsinstrument der nationalen Verteidigung der

Sowjetunion.<sup>5)</sup> Zugleich nahm er fälschlich an, dass Hitler sich der Stärke der Roten Armee bewusst sei und darum aus Eigeninteresse die Sowjetunion nicht angreifen würde (Allard, 1974: 232–235).

Zusammenfassend lässt sich Haushofers Unterschätzung ideologischer Gegensätze zwischen den eurasischen Mächten sicher kritisieren. Er war in dieser Hinsicht noch durch das 19. Jahrhundert geprägt und selbst vielleicht nicht ideologisch genug. Seine Erwartung einer geopolitisch determinierten Koalitionsbildung in der internationalen Politik im Sinn des eurasischen Kontinentalblocks zur Abwehr der anglo-amerikanischen Seemächte erfüllte sich letztlich nicht.

Zum Schluss soll nun der Bruch mit Gleichgewichtsvorstellungen im geopolitischen Denken skizziert werden. Der wichtigste Vordenker war in diesem Zusammenhang Spykman. In seinen Schriften fand sich zum ersten Mal die Forderung nach einer US-Hegemonie im Weltmaßstab – ohne jegliche Selbstbeschränkung. Spykmans Rolle als Ideengeber der im Kalten Krieg unter Begriffen wie „containment“ und „rollback“ tatsächlich verfolgten US-Strategie gegen die Sowjetunion steht außer Frage.<sup>6)</sup>

---

5) Nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 und des darauf folgenden „Freundschaftsvertrags“ vom 28. September 1939 schrieb z. B. der deutsche Kommunist Hermann Duncker an seine Frau: „Ich bin entsetzt über die neuen Verhandlungen Stalin-Hitler! Nie hielt ich das für möglich! Das man auch das noch erleben muss! Bei dieser ‚Dialektik‘ kann ich nicht mehr mit. Nie und nimmer kann man einen Sozialismus auf den Hitlerismus aufbauen! Pfui Teufel! – Ich habe eine solche Wendung nicht für möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus! ... Die Hitler-Pakt-Kommunisten von 1939 sind beinahe das Gegenstück zu den Regierungssozialisten von 1914. Aber noch viel monströser“ (Deutschland, 2016: 502–506).

6) Spykman entwickelte seine Ideen im Rahmen einer an der Yale-Universität beheimateten Gruppe von Gelehrten, die akademische, politikberatende und geheimdienstliche Tätigkeiten mit enger Anbindung an US-Wirtschaftsinteressen betrieb. Diese Gruppe um das „Yale Institute of International Studies“ war ihrerseits eng mit der in Großbritannien aus der von Cecil Rhodes begründeten und zur Zeit des Yale-Instituts von Lionel Curtis geführten „Round Table Group“ vernetzt. Beide Gruppen bildeten das Zentrum der anglo-amerikanischen transatlantischen Strategiebildung. Sie standen auch hinter den öffentlich sichtbarereren Strukturen wie dem „Council on Foreign Relations“ in den USA und dem „Royal Institute of International Affairs“ in Großbritannien. Über Spykman wird in einer Untersuchung der Yale-Gruppe angemerkt, dass „er in den frühen Tagen des Instituts der Hauptarchitekt und die intellektuelle Referenz“

Er entwickelte die bei Mahan in Tendenz bereits angelegte Forderung nach einer planetarischen US-Machtpolitik fort und verlangte in diesem Zusammenhang die Schaffung eines globalen US-Stützpunktsystems. Frühere Konzepte einer regionalen auf die westliche Hemisphäre (den amerikanischen Kontinent) oder die transatlantische Welt (die um den Nordatlantik angeordneten Mächte Nordamerikas und Westeuropas) beschränkten US-Rolle lehnte er ab. Das während des Zweiten Weltkriegs durch US-Präsident Franklin D. Roosevelt angekündigte Konzept der „vier Polizisten“, welches für die erwartete geopolitische Kontrolle der Nachkriegsordnung durch die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und Nationalchina stand, also die Multipolarität, verwarf er ebenfalls als eine Variante des traditionellen Denkens in beschränkten Einflusszonen.<sup>7)</sup>

Schließlich brach Spykman auch mit der von Mackinder und Haushofer in den Mittelpunkt gestellten Idee der Eurasischen Landmacht als dem Zentrum der Weltpolitik. Stattdessen sah er die Küstenzonen Eurasiens als Hauptmachtzentrum an. Diese Küstenzonen – bei Spykman als „rimland“ bezeichnet – erstrecken sich von Skandinavien über Westeuropa, den Nahen und Mittleren Osten, Pakistan, Indien und Zentralchina bis nach Korea. Die eurasische Küstenregion war aus Sicht Spykmans durch die hohe Bevölkerungsdichte, strategische Lage und überragende wirtschaftliche Bedeutung wichtiger als die küstenferne Landmasse Eurasiens. Darum verlangte er auch, dass die USA diese Zonen durch permanente militärische Stützpunkte – Land und Seestreitkräfte – direkt kontrollieren sollten. Die Kontrolle der Küstenzonen war also aus seiner Sicht der entscheidende Schritt zur Durchsetzung der globalen US-Hegemonie.

Eine weitere Fortentwicklung des geopolitischen Denkens bei Spykman war sein neues Karten- bzw. Weltbild. Spykman bevorzugte für das Zeichnen von Weltkarten die Miller- statt der Mercatorprojektion. Bei der Millerprojektion wird im Gegensatz

---

war (Ramos, 2003: 158, meine Übersetzung; vgl. auch 156–167).

7) Aus französischer Sicht war Roosevelts Konzept der „vier Polizisten“ ein gegen die nationalen Interessen Frankreichs – dem potentiell „fünften“ Polizisten – gerichteter Vorstoß. Tatsächlich verlor Frankreich nach 1945 im Nahen Osten seine Einflusszone.

zur Mercatorprojektion die näher am Äquator gelegene Küstenregion Eurasiens großflächiger wiedergegeben. Die Mercatorprojektion vergrößert dagegen die näher an den Polen gelegenen Landflächen und gibt die am Äquator gelegenen Landflächen stark verkleinert wieder (Afrika und Grönland sind z. B. in der Mercatorprojektion annähernd gleich groß dargestellt, während die Fläche des afrikanischen Kontinents tatsächlich etwas 14 mal größer ist als die Grönlands). Zusätzlich illustrierte Spykman seine geopolitischen Schriften durch neue Kartenblickwinkel, z. B. eine Sicht der Welt mit dem Nordpol als Mittelpunkt. Dieser neue Blickwinkel erklärt sich aus Spykmans Sicht aus der wachsenden Rolle der Luftmacht gegenüber der See- und Landmacht, da die Luftmacht vorher verschlossene Weltregionen geöffnet und damit geopolitisch nutzbar gemacht hat.

Das neue auf die Küstenregionen Eurasiens fokussierte Weltbild Spykmans ergab aber keine Neubestimmung des US-Gegners der Zukunft. Wie schon bei Mahan und Mackinder wurden die Sowjetunion (Russland) und China als die zukünftigen Opponenten gesehen, obwohl der Zeitpunkt von Spykmans Veröffentlichungen während des Zweiten Weltkriegs diese Feindbeschreibung nur andeutungsweise zuließ (1942, 1944). Folgerichtig wurden Spykmans Ideen von idealistisch-internationalistischen Autoren sofort heftig kritisiert. So bezeichnete der deutsche Exilant Hans W. Weigert in einer Besprechung von Spykmans 1944 veröffentlichter Broschüre den Autor als „American Haushofer“ – durchaus unfair gegenüber Haushofer, der nie eine globale Hegemonialdoktrin vertreten hatte – und führte aus, dass „[t]he search for power [by Spykman] is not made for the achievement of moral values; moral values are used to facilitate the attainment of power. This is the voice of destruction and nihilism“ (1944: 10, 31). Solcherlei Kritik änderte jedoch nicht das Geringste an der Wirksamkeit von Spykmans Doktrin!

In praktischer Hinsicht ergab sich aus Spykmans Forderung nach Schaffung eines globalen US-Machtssystems die dauerhafte Errichtung von Militärstützpunkten in den besiegten Feindstaaten Deutschland und Japan sowie die weitest mögliche Belegung der eurasischen Küstenregionen durch US-Militärbasen. Seit 1945 bis heute wird

dieses Ziel verfolgt. Einerseits wurde die gesamte Weltkarte in „US-Commands“ aufgeteilt, nämlich USNORTHCOM und USSOUTHCOM (amerikanischer Kontinent), USAFRICOM (Afrika ohne Ägypten), USEUCOM (Europa unter Einschluss der Türkei und Russlands), USCENTCOM (der Nahe und Mittlere Osten mit Ägypten) und USPACCOM (der Pazifische Raum von Indien bis Japan) (U.S. Department of Defense, ohne Datum). Andererseits wurde von Jahrzehnt zu Jahrzehnt das Netz amerikanischer Militärstützpunkte enger geknüpft.

So gelang seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch die nahezu flächendeckende Belegung der arabischen Länder mit permanenten US-Militärbasen, wobei Libanon und Syrien bisher davon noch ausgenommen sind. Obwohl die genaue Zahl der internationalen US-Militärstützpunkte umstritten ist, werden auch in US-Quellen mindestens 800 in etwa 70 Ländern angegeben. Die Zahl der russischen Militärbasen außerhalb des post-sowjetischen Raums ist drei (zwei in Syrien und eine in Vietnam). Für China wird eine Basis in Djibouti (Obok) angegeben, deren Charakter als Militärstützpunkt jedoch umstritten ist. Fazit: Die USA füllen heute die Rolle aus, die Spykman für dieses Land 1942 vorgeschlagen hatte.

### III. Die Zeitschrift für Geopolitik von 1951-1955: Nationalneutralismus und Kritik der Logik des Kalten Krieges

Die Neuherausgabe der Zeitschrift für Geopolitik im Januar 1951 stand in der Tradition der am Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Nummer 9/1944 eingestellten Ausgabe. Layout, Textumfang und die Nummerierung als „Jahrgang 22“ schlossen an die Weimarer und NS-Publikationsperioden zwischen 1924 und 1944 an. Unter dem neuen Herausgeber Karl Heinz Pfeffer, der bis 1944 nie in der Zeitschrift publiziert hatte, wurde die Monatsschrift als eine Art Tribüne der Meinungen ohne vorgegebene

Redaktionslinie wiederbegründet. Der neue Untertitel lautete „Monatshefte für deutsches Auslands-Wissen“ und neben den bekannten Artikelsorten – Meinungsartikel, Auslandsberichterstattung, Buchbesprechungen – wurde eine neue Leserbriefsektion „Freie Aussprache“ am Heftende hinzugefügt.

Der neue Herausgeber erklärte am Ende des ersten Hefts „das stetige Bemühen um die geistige Durchdringung der Welt“ zum Zweck der Zeitschrift. Tatsächlich ergab sich zunächst eine Kakophonie von unterschiedlichen Stimmen, die politisch weitgefächert war und vor allem journalistischen Charakter hatte. Der Versuch der Entwicklung der Geopolitik als akademischer Disziplin wurde aufgegeben. Stattdessen fand sich zunächst eine Auseinandersetzung mit amerikanischen Autoren im Bereich der „International Relations“ sowie auch Bezug auf französische und sowjetische Diskussionen. Insgesamt schwankte die ZfGp unter der Herausgeberschaft von Pfeffer zwischen einer nationalneutralistischen und einer proamerikanischen Haltung. Interessanterweise blieb die Zeitschrift insgesamt skeptisch neutralistisch, was sie im Adenauer-Deutschland der fünfziger Jahre politisch verdächtig machen musste. Die meisten Autoren waren der Meinung, dass ein weiterer Krieg – egal aus welchem Grund – als Atomkrieg zur endgültigen Zerstörung Deutschlands als vorgesehenem Schlachtfeld zwischen Ost und West führen würde.

Um überhaupt eine Zusammenfassung der inhaltlichen Debatten der ZfGp geben zu können, werden im Folgenden die Themen „Eurasien“ und „eurasische Küstenregionen“ (im Sinn der die Sowjetunion bzw. China umgebenden Grenzregionen Westeuropas, des Nahen und Mittleren Ostens, Zentralasiens, Koreas und Japans) in den Mittelpunkt gestellt. Anders ausgedrückt: die Artikel, die einen Beitrag zum Verständnis der wichtigsten Konfliktzonen des Kalten Krieges leisten, werden hier behandelt, während andere Debatten ignoriert werden.

Natürlich ergab sich für eine geopolitische Zeitschrift 1951 zunächst die Anforderung, unmittelbar zum Koreakrieg Stellung zu nehmen. In einem Beitrag des ehemaligen Wehrmachtsgenerals der Panzertruppe Heinz Guderian wurde zunächst der preußische Militärtheoretiker Carl v. Clausewitz zitiert, der als beste Strategie

empfohlen hatte, „immer recht stark zu sein, zunächst überhaupt, und demnächst auf dem entscheidenden Punkt. Daher gibt es außer der Anstrengung, welche die Kräfte schafft, und die nicht immer vom Feldherrn ausgeht, kein höheres und einfacheres Gesetz für die Strategie, als das: seine Kräfte zusammenzuhalten“ (Clausewitz, zitiert in Guderian, 1951: 8).

In Guderians Beitrag wurden indirekt Zweifel an der Fähigkeit der USA geäußert, die mit der großen Entfernung zum Kriegsschauplatz verbundenen logistischen Probleme der Kriegsführung in Korea zu lösen. Zusätzlich sah er nach dem Eingreifen der Volksrepublik China in die Kampfhandlungen im Oktober 1950 „kurze Landverbindungen, überlegene Zahl und das wendige Zusammenfassen der Kräfte auf dem jeweils entscheidenden Punkt [als] zugunsten der östlichen Landmacht geltend“ (Guderian, 1951: 9). Der auf die chinesische Intervention folgende fluchtartige US-Rückzug am Ende des Jahres 1950 führte bei Guderian aber zu einer Unterschätzung der geopolitischen Stärke der USA als Land- und Seemacht.

Im direkt auf Guderian folgenden Beitrag fand sich dann eine Analyse der geopolitischen Strategie der Sowjetunion. Der Autor war Anhänger der Idee der relativen Kontinuität des Verhaltens der flächengrößten eurasischen Landmacht in der Geschichte. Russlands große Landmasse und eingeschlossene Lage habe schon unter dem Zarismus ein Vordringen zum Meer wünschenswert erscheinen lassen. Der Autor sah dabei vier Stoßrichtungen, nämlich ein Mittelmeer-, atlantisches-, indisches- und Pazifikprogramm. Auch unter der Sowjetordnung sei Russland weiterhin wirtschaftlich „im wesentlichen agrarisch-mineralisch“, was zu der Schlussfolgerung Anlass gab, dass „[d]ie Entwicklung der Produktivkräfte der Sowjetunion (...) die kontinental-expansionistischen Kräfte der russischen Außenpolitik nicht verringert, sondern im Gegenteil verstärkt“ hätten (Raupach, 1951: 19). Selbstverständlich war diese Interpretation des Verhaltens der Sowjetunion ganz auf Linie der durch die USA verfolgten Politik des „containment“ bzw. des „roll-back“.

In einer Leserzuschrift im nächsten Heft wurden dagegen „weltanschaulich bedingte Fiktionen“ über Russland kritisiert. Einerseits solle man „den mittelalterlichen

Mongolenschreck nicht auch heute noch gelten lassen“ (Just, 1951: 141). Andererseits sei die deutsche Mittellage in Europa nicht durch die Entscheidung für eine Seite zu überwinden. Die „östliche Seite der aus der deutschen Mittellage resultierenden Problematik ist gewiß die schwierigste und nur die terribles simplificateurs [könnten] sich mit einem Ja oder Nein die Sache leicht machen“ (ibid.). Der gleiche Kritiker erklärte: „Russlands Drang zu eisfreien Häfen des offenen Meeres gilt im westlichen politischen Denken seit Peter dem Großen als Axiom. Zu keiner Zeit aber hatte die russische Wirtschaft [sic!] die Tendenz, ihren Anteil am Welthandel über das innenpolitisch notwendige Maß hinaus zu vergrößern. Weder die Russen noch die Mongolen waren Seefahrer. Was also sollen sie am offenen Meer?“ (ibid.).

Ein unter dem Pseudonym „früherer Regierungschef eines osteuropäischen Staates“ schreibender Autor erklärte, dass die große Landfläche der Sowjetunion ihre militärische Besetzung von außen unmöglich mache. Darum empfahl er den Umsturz von innen: „Die Gravitation zum Zentrum hat Rußland stets gerettet. Richtiger ist es daher, Rußland in seiner Zentrale selbst anzugreifen... Man muß aus der Geschichte lernen, daß Rußland nur von innen her, und zwar durch Russen selbst, zu erobern ist... Man muß nur eine Partei machtvoll unterstützen und dann Rußland in seine Urbestandteile auflösen, alle Minderheiten befreien“ (ohne Verfassername, 1951: 342–343).

In einem weiteren Beitrag zum selben Thema – nämlich der Nationalitätenfrage in der Sowjetunion als möglicher Quelle der Staatsauflösung – beschäftigte sich ein Autor mit dem Verhältnis von russischem Nationalismus und Sowjetpatriotismus. Der Autor sah insgesamt in der Sowjetunion der frühen fünfziger Jahre eine Restauration des russischen Nationalismus durch einen Brückenschlag zur zaristischen Vergangenheit wie auch durch die Einbeziehung der Kirche im Rahmen einer „patriotischen Zusammenfassung“. Er führte aus: „Die Formel nach der man vorging, lautete: die einzelnen Nationalitäten sind in ihrem Werdegang ausschließlich auf das Zentrum, auf den russischen Staat, auf die ‚Sammlung der russischen Lande‘ bezogen zu sehen. Der russische Staatsgedanke (...) war hier richtunggebend, und von ihm aus bestand

erneut die Neigung, wie in zaristischer Zeit das universale Element des russischen Imperialgedankens dem nationalstaatlichen unterzuordnen“ (Rauch, 1951: 99). Zur Verteidigung Westeuropas wünschte der Autor einen „europäischen Patriotismus, bei dem das multinationale föderative Prinzip nicht erdrückt wird durch die Übermacht des Einzelchauvinismus einer Nation und des totalitären Gewissensanspruchs einer Partei“ (ibid.: 105).

Allerdings stießen auch die Europaideen der fünfziger Jahre in der Zeitschrift von Anfang an auf Skepsis. Einerseits sah man hier einen Versuch, den Westdeutschen die Wiederbewaffnung auf Seiten der US–Amerikaner schmackhaft zu machen. Andererseits sah ein Leserbriefschreiber hier „Europäisch Denken“ als ein Mittel zur schnellen Wiedererrichtung eines geschlossenen Weltbilds: „Es ist unzweckmäßig und geschmacklos, eine Patentidee durch die nächste zu ersetzen und so zu tun, als sei nichts geschehen. Wir sollten uns nicht auf die Tribüne drängen und auch nicht mit unseren Beifallsstürmen die Stimmen kleiner Völker übertönen. Die Möglichkeit zur Förderung der europäischen Einigung liegt bei anderen Staaten: bei Großbritannien, vor allem bei Frankreich. Sie werden sich kaum freuen, wenn wir sie über ihre Pflichten und Chancen belehren wollen“ (Eitel, 1951: 207).

Der erste Jahrgang der wiedergegründeten ZfGp unterstrich, dass die Mehrheit der Autoren für einen deutschen Nationalneutralismus optierte. Gerade demokratische „Werte“ wurden dabei als mögliche Auslöser neuer Kriege gesehen. So erklärte der Völkerrechtler Ernst Kern: „Der demokratische Staat führt nicht mehr Kriege aus Erwägungen der Staatsraison, sondern für eine Idee. (...) Die Demokratisierung des Krieges durch Einbeziehung der breiten Masse des Volkes bedeutet seine Entfesselung von konkreter Zielsetzung und Beschränkbarkeit. (...) Diese Kampfform strebt mit dem Zwang einer Naturgesetzlichkeit zur Moralisierung des Krieges zurück. Die modernen Kriege sind ohne ideelle Zielsetzung nicht mehr durchführbar. Es sind stets ‚gerechte‘ Kriege, Kriege für die gute Sache gegen Aggressoren, Verbrecher und Barbaren. Die Umkehrung dieser entscheidenden Relationen, das Abhängigwerden der Politik vom Kriege und seine Moralisierung zählen zu den schwerwiegendsten

facta nova des Zwanzigsten Jahrhunderts, Phänomenen, die geistig und erfahrungsmäßig noch nicht gemeistert wurden“ (Kern, 1951: 213–214). Bezogen auf Deutschland merkte der Autor an, dass es im Kriegsfall als „Glacis zwischen den Gegnern durch die hin- und herradierenden Fronten und die zweifache Luftwaffeneinwirkung in Kürze physisch ausgelöscht sei“ (ibid.: 215).

Wie sein Fachkollege Kern sah auch der erste Rektor der Hamburger Universität nach dem Zweiten Weltkrieg Rudolf Laun Kriegsgefahren voraus. Aus seiner Sicht ergaben sie sich aus der völkerrechtlich schwierigen bis unmöglichen Abgrenzung zwischen Angreifer und Angegriffenem. In einer historischen Betrachtung vergangener Versuche, ein System der kollektiven Sicherheit zu etablieren – z. B. dem Kellogg–Briand Pakt – unterstrich er, dass Kriegsgegner immer die Gegenseite für den Ausbruch der Kämpfe verantwortlich machten, während sie selbst in „Selbstverteidigung“ Krieg führten.

Vergangene Versuche der klaren Definition des Aggressors seien gescheitert. So referierte Laun die von der Sowjetunion bei einer Abrüstungskonferenz 1933 vorgeschlagene „Liste“ von Aggressionstatbeständen: „Kriegserklärung, Invasion, Bombardement, Landung, Blockade“, die wiederum durch eine Liste von „Tatsachen“ ergänzt werden sollte, die „nicht als Entschuldigung für einen Angriff, also nicht als ‚Provokation‘ gelten sollten, zum Beispiel die innere Lage in einem anderen Land. Die Punkte 2 bis 4 [der Liste] machen zusammen dasjenige aus, was man das Territorialprinzip nennen kann. Die Blockade braucht nicht zum Angriff auf das blockierte [sic!] Staatsgebiet zu führen. Dies ist z. B. bei der sogenannten Friedensblockade der Fall. Aber sie könnte als eine verbotene Provokation betrachtet werden, welche den Angriff der Gegenseite rechtfertigt“ (Laun, 1951: 284).<sup>8)</sup> Der

---

8) Die Überlegungen von Kern und Laun sind für unsere Gegenwart sehr relevant, besonders für Versuche, sogenannte „humanitäre Interventionen“ durchzuführen. Auch die selektive Ignorierung des Prinzips der Staatssouveränität durch Hegemonialmächte – man denke an den Nahen und Mittleren Osten – oder durch überforderte internationale Organisationen – man denke an die Rolle der Vereinten Nationen seit der Aufspaltung des Sudans – zeigt auf, wie schwer die klare Definition der Aggressor–Rolle auch heute fällt.

Sozialdemokrat Laun plädierte für „das Streben nach einer absolut ehrlichen strikten Neutralität“ (ibid.: 288) als Antwort auf die aus seiner Sicht in Jalta und Potsdam getroffenen Abmachungen der Siegermächte über den dauerhaften Entzug der deutschen Staatssouveränität.

Jenseits völkerrechtlicher Fragen kehrten die Autoren immer wieder zu den praktischen Erfahrungen im Koreakrieg zurück, nämlich der Art und Weise, in der die USA dort Krieg führten. Dabei wurde die Ablösung von General Douglas MacArthur als ein Zeichen der Selbstkritik der US–Außenpolitik angesehen. In einer Diskussion der Senatsanhörungen über MacArthurs Absetzung als US–Oberbefehlshaber in Korea wurde darauf hingewiesen, dass dieser erstens die politische Führung über die mögliche Schlagkraft einer chinesischen Gegenoffensive getäuscht habe. Zweitens empfehle er fälschlich die Bombardierung der chinesischen Nachschublinien innerhalb Chinas, obwohl der Nachschub nach Ansicht von US–General Omar Bradley „außer Reichweite“ solcher Luftschläge sei, nämlich hauptsächlich aus sowjetischen Quellen stammte.

In der US–Koreapolitik setzte sich nach Meinung eines deutschen Beobachters nach der Absetzung von MacArthur die Überzeugung durch, „daß Luftangriffe und Blockade nicht zum Ziel führen, nur den Krieg mit China erweitern und schließlich doch den Einsatz von großen Mengen von Bodentruppen notwendig machen würden...“ (Schenke, 1951: 431). Solche US–Bodentruppen würden sich aber – wie schon im Fall des japanischen Angriffs auf China – in China verlaufen, während die Sowjetunion zunächst von einer solchen Eskalation nicht direkt betroffen sein würde. Zustimmung zitierte der Autor General Bradley, der MacArthur „den falschen Krieg, am falschen Ort, zur falschen Zeit und mit dem falschen Feind“ führen sah (ibid.: 437).

Der Korrespondent des britischen „Daily Telegraph“, Augenzeuge der ersten Monate des Koreakriegs und Autor des Buches „Cry Korea“ (veröffentlicht 1951) Reginald Thompson kritisierte die US–Kriegsführung wegen ihres übermäßigen Einsatzes von Fernwaffen. Diese Waffen brächten aber keine Kriegsentscheidung, sondern zerstörten nur die Kampfzone. Dabei seien die „modernsten Vernichtungsmittel militärisch und damit auch politisch erfolglos (...), wenn nicht sofort nach ihrem

Einsatz gut ausgebildete, gut disziplinierte und entschlossene Männer angreifen, den Gegner schlagen und die gewonnene Stellung sichern. Der amerikanische Grundsatz der ‚Totalvernichtung‘ bedeutet nur, daß Zivilisten kollektiv samt den Möglichkeiten ihrer Weiterexistenz ausradiert werden. Sein militärischer Wert ist fast gleich Null“ (Thompson, 1952: 326). Diese zeitgenössischen Beobachtungen haben sich in jedem seither geführten US–Krieg immer wieder neu bestätigt.

Zur gleichen Zeit blieb die Beschäftigung mit der Sowjetunion im Zentrum der Aufmerksamkeit vieler Autoren. Dabei empfahl eine Stimme – in Vorwegnahme der Eisenhower–Doktrin von 1957 über US–amerikanische Sicherheitsgarantien für pro–amerikanische Regimes im Nahen und Mittleren Osten – eine Fokussierung der amerikanischen Eindämmungspolitik der Sowjetunion auf Nordpersien. Er erklärte, dass „der Ausbau des Vorderen Orients zum Bollwerk gegen sowjetische Abenteuer“ geboten sei (Genzsch, 1952: 348). Tatsächlich wurde eine solche Politik in der gemeinsamen Operation „Ajax“ der britischen und amerikanischen Geheimdienste vom August 1953 zeitnah umgesetzt. Der anglo–amerikanische Staatsstreich in Persien führte zur Absetzung des gewählten iranischen Premierministers Mohammad Mossadegh und beendete damit alle Versuche der Nationalisierung der Ölindustrie des Landes. Nach der US–Einsetzung des Schahs als neuem Regierungschef des Iran gewannen US–Firmen die Kontrolle über die Ölindustrie zurück und die USA blieben bis zur islamischen Revolution 1979 die führende ausländische Macht im Land.

Mit der an Türkei und Iran angrenzenden Kaukasusregion der Sowjetunion beschäftigte sich ein anderer Autor. Er zeigte auf, dass Fragen der Zustimmung oder Ablehnung der Sowjetideologie häufig das Verhalten der nationalen Gruppen in der Region nicht erklären würden. Stattdessen waren frühere geopolitische Erfahrungen der entscheidende Faktor. Mit Bezug auf vergangene Stellvertreterkonflikte im Kaukasus erinnerte der Autor zunächst an die Intervention ausländischer Kräfte in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs. Zu dieser Zeit war der georgische Nationalismus durch das imperiale Deutschland, Aserbeidschan durch türkische und Armenien durch russische Eingriffe

gestützt worden.

Der während des Ersten Weltkriegs 1915 und 1916 auf dem Territorium des Osmanischen Reichs verübte Genozid an den Armeniern führe nun zu ihrer Loyalität gegenüber der Sowjetordnung. „Ein kleinasiatischer Krieg würde nach armenischer Erwartung die Türkei im Lager der Westmächte sehen. Das könnte den Einmarsch türkischer Truppen in armenisches Gebiet bedeuten. Allein diese Vorstellung muß die Idee eines ‚Befreiungskrieges‘ in den Augen des armenischen Volkes zur grausigen Satire werden lassen. Wer das Grauen des (...) Genocids kennt, zieht das geregelte Gefängnisssystem vor. In dieser Lage befindet sich das Armeniertum innerhalb seiner sowjetischen Heimstätte: es ist überwiegend sowjetloyal; nicht wegen des Bolschewismus, sondern wegen der anderen“ (Maurach, 1953: 416).

Ein anderes Hauptthema der Zeitschrift war das geopolitische Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. So untersuchte z. B. ein Autor die Erschließung der Sinkiang-Provinz (heutige Schreibweise Xinjiang) an der Grenze zur Sowjetunion (einem Teilstück der historischen Seidenstraße) durch chinesische Eisenbahnbauprojekte, die eine Wirtschaftszusammenarbeit beider Staaten auf dem Landweg erleichterte. Gleichzeitig bedeute „die Fertigstellung der neuen Überlandbahn einen empfindlichen Schlag gegen die Möglichkeit [der Seemächte], in China wieder den entscheidenden Einfluß auszuüben“ (Wevell, 1953: 140).

In ähnliche Richtung wies ein Beitrag über die Geschichte der russisch-chinesischen Beziehungen. Die beiden Hauptlandmächte Asiens hätten in der Vergangenheit strittige Fragen immer auf dem Verhandlungsweg gelöst. Dies sei leichtgefallen, da die Grenzregionen aus Sicht Moskaus und Pekings randständig gewesen seien und dort „sowohl Chinesen wie Russen als landfremde Elemente eingesickert waren“ (Mueller, 1954: 707). Allerdings habe in der Spätphase des Zarismus nach dem Sieg Japans über China im Krieg von 1894–1895 auch Russland Anstrengungen unternommen, um die „anscheinend so leichte Beute“ zu sichern. Es habe versucht, die Mandschurei und Korea „zum mindesten zu seiner Interessensphäre zu machen, was erst 1905 durch Japan durchkreuzt wurde...“ (ibid.). Diese Episode russischer Machtpolitik

sei aber eine historische Ausnahme gewesen und habe „in schroffem Gegensatz zu einer Tradition von mehr als zweihundert Jahren russischer Chinapolitik [gestanden]“ (ibid.). Insgesamt sah der Autor die zu dieser Zeit zwischen der Sowjetunion und China bestehende Allianz als eine Rückkehr zur geopolitischen Normalität, nämlich gegenseitiger guter Beziehungen.

Ein anderer Autor bemühte sich um die Bewertung des wirtschaftlichen Machtpotentials der US-geführten westlichen Staatengruppe im Vergleich zur sowjetisch geführten östlichen Gruppe. Er machte deutlich, dass entgegen der zu dieser Zeit vorherrschenden Idee des „Gleichgewichts des Schreckens“ von einem Gleichstand beider Lager überhaupt nicht gesprochen werden konnte. Tatsächlich war der westliche Block in jeder wirtschaftlichen Hauptkategorie (Kohle, Strom, Erdöl, Stahl, Kupfer, Aluminium) der Sowjetunion und ihren Bündnispartnern weit überlegen. In allen aufgezählten Kategorien betrug der Anteil des Ostens nur zwischen 7,6 und 17 Prozent.

Der Verfasser betonte, dass das sowjetische Potential sich zwar durch die Industrialisierung von Teilen Sibiriens und die Expansion bestehender Industriegebiete stark erweitert hätte (wie von den früheren geopolitischen Denkern wie Mahan, Mackinder und Haushofer erwartet), die Dynamik der wirtschaftlichen Expansion der USA aber darüber noch hinausgegangen sei.<sup>9)</sup> Die zu diesem Zeitpunkt existierende starke westliche Überlegenheit – die bei den meisten strategischen Gütern zwischen 80 und 90 Prozent betrug – warf aus Sicht des Autors die Frage auf, ob die Sowjetunion wirklich eine expansionistische Macht sei: „Diese Beobachtungen müssen starke Zweifel an der gegenwärtigen Bereitschaft und Fähigkeit der Sowjets zur Führung eines längeren (und für sie erfolgreichen) Weltkrieges aufkommen lassen“ (Hildebrandt, 1954: 400).

Als Dokument der sowjetischen Haltung zur Geopolitik veröffentlichte die Redaktion

---

9) Die US-Führung war sich ihrer starken wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion in den fünfziger Jahren völlig bewusst. Dies geht aus dem lange Zeit geheim gehaltenen maßgeblichen Dokument „National Security Council Document No. 68“ (NSC 68) hervor.

Auszüge eines übersetzten Artikels des sowjetischen Theoretikers Juri N. Semjonow. Dieser interpretierte die Schriften Mahans als Hauptquelle des geopolitischen Denkens in den USA, welche die außenpolitische Expansion des Landes „während des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898, des ersten Krieges der Epoche des Imperialismus“ theoretisch begründet hätte. Geopolitisches Denken sei grundsätzlich abzulehnen: „Sie [d. h. geopolitische Autoren] erklären den ‚geopolitischen Determinismus‘ für eine wissenschaftliche Wahrheit und schwätzen von einer sogenannten geographischen Zweiteilung der Welt in eine ‚Landmacht‘ (UdSSR) und in eine ‚Seemacht‘ (die Gebiete der USA, Englands, Frankreichs, Japans und der anderen kapitalistischen Länder); sodann behaupten sie, daß diese zwei Teile sich angeblich in einem Zustand des ewigen Antagonismus befinden, der den Charakter eines ‚unabänderlichen Naturgesetzes‘ hat. Aus dem zu provokatorischen Zwecken ersonnenen ‚von der Natur gesetzten Weltgegensatz‘ folgern die Geopolitiker, daß man ‚den unablässigen Krieg der Giganten‘, sei er kalt oder heiß, als notwendig hinnehmen müsse“ (Semjonow, 1954: 635).

Selbstbewusst sah Semjonow geopolitisches Denken durch die sozioökonomische Umwälzung in der Sowjetunion und der Volksrepublik China als widerlegt, denn „[d]ie Geschichte zeigt, daß sich die Beziehungen zwischen den Ländern unter den gleichen geographischen Bedingungen grundlegend ändern können (...), wenn sich die sozial-ökonomischen Bedingungen verändern. So hat der Sieg des Sozialismus in der UdSSR zu einer grundlegenden Veränderung der Außenpolitik geführt, obwohl sich die geographischen Bedingungen der UdSSR praktisch nicht von den geographischen Bedingungen des zaristischen Rußlands unterscheiden“ (ibid.: 636). Solch grundlegende Veränderung sah er auch im Falle Chinas seit 1949 als erwiesen an. Der Autor nahm also an, dass staatssozialistische Gesellschaften geopolitische Konflikte untereinander vermeiden könnten. Dieser heroische Optimismus erwies sich jedoch schon bald als falsch, denn China und die Sowjetunion wurden – auch unter dem Einfluss der USA – in vielen Regionen geopolitische Kontrahenten und trugen ihre Konflikte in der Folgezeit auch in Drittstaaten (Vietnam, Kambodscha) gegeneinander aus.

Der Schlusspunkt dieser Phase der ZfGp wurde in einer Erklärung des Herausgebers gesetzt, der dabei eindeutig auf Spykman anspielte. Die amerikanische Geopolitik sei „eine ‚globale‘, den Nordpol einbeziehende strategische Auffassung, die geistig das Zeitalter der Atombomben tragenden Luftwaffe vorbereiten half“ (Pfeffer, 1955: 771).<sup>10)</sup> Jedoch sei die eigentliche Herausforderung der Gegenwart sozialer und geistiger Art. Sie könne „in den engen Grenzen eines Staates weder gelöst, noch auch nur verstanden werden... Die Erde ist nicht insofern eine Einheit, als sie unter einer Vorherrschaft zusammengeschlossen werden muß, wohl aber dadurch, daß die menschlichen Erscheinungen in all ihren Teilräumen voneinander abhängig sind“ (ibid.). Mit dieser Aussage gelang dem Herausgeber eine elegante Überleitung zu seinem Nachfolger Rolf Hinder.

#### IV. Die Zeitschrift für Geopolitik von 1956-1968: Von der Kritik des Kalten Krieges zur Metapolitik der Gewaltlosigkeit

Die letzte Phase der Zeitschrift von 1956 bis zur Einstellung 1968 unterscheidet sich von allen früheren Phasen insofern, als der vorher vorherrschende „realistische“ Standpunkt bei der Beobachtung der Geopolitik schrittweise aufgegeben wurde. Obwohl auch frühere Herausgeber und Autoren durchaus Kritik an einer einseitig machtpolitischen Interpretation der Weltpolitik geäußert hatten, war die ZfGp insgesamt Fragen der Normen und Werte und der politischen Philosophie – also der „Metapolitik“ – ausgewichen. Der letzte Herausgeber Rolf Hinder brach schrittweise mit dieser Tradition. Unter seiner Herausgeberschaft wandte sich die Zeitschrift einerseits der „Dritten Welt“

---

10) Spykman hatte in seinen Veröffentlichungen eine besondere Vorliebe für Weltkarten, die den Nordpol in den Mittelpunkt stellten. Diese waren für eine optische Illustration der von Spykman gewünschten Einkreisung der Sowjetunion bzw. Eurasiens besonders gut geeignet.

und den nicht paktgebundenen Staaten zu, andererseits wurde die Gefahr der „Veraschung“ der Menschheit durch einen Atomkrieg und die gegen eine solche Gefahr gerichtete pazifistische Bewegung zum neuen Leitbild. Der Herausgeber verdiente in diesem Zusammenhang durchaus die Bezeichnung „Querdenker“, denn er bemühte sich genuin um einen Bruch mit der Logik der Machtpolitik aller Seiten. Gleichzeitig führte dieses Querdenkertum aber auch zur Selbstisolation, bzw. zu einem starken Rückgang der Anzahl der Autoren und der behandelten Themen.

Formal war die „neue“ Serie der ZfGp aus einer Fusion mit einer anderen Publikation, der von Hinder 1953 begründeten Monatsschrift „Gemeinschaft und Politik“, entstanden, die sich Fragen westdeutscher Politik und Geographie gewidmet hatte. Nach der Fusion beider Publikationen wurde die Herausgeberschaft formal durch ein „Institut für Geozologie und Politik“ mit einer Postadresse in Bad Godesberg (einem Vorort der damaligen bundesdeutschen Hauptstadt Bonn) besorgt. Tatsächlich war die einzige jemals in der Zeitschrift erwähnte Institutsaktivität eine gemeinsame Veranstaltung mit der indischen Botschaft zum Thema „Gandhi“. Nach einigen Übergangsproblemen – für einige Zeit war die redaktionelle Linie der ZfGp unklar, es erschienen viele nur auf Westdeutschland bezogene Artikel, dann wieder Ausgaben, die sich ausschließlich einem ausländischen Land wie z. B. Indien widmeten – wurde die Zeitschrift insgesamt wieder stärker geopolitisch ausgerichtet. Die Aufteilung in verschiedene Sektionen (Artikel, Buchbesprechungen, Quellen) blühte wieder auf, jedoch waren von den früheren Autoren kaum noch Artikel zu finden.<sup>11)</sup>

Nach Auffassung des Herausgebers sollte die ZfGp einen „Bruch mit dem Scheinrealismus einer zu Ende gehenden gewaltpolitisch bestimmten Epoche und Hinfinden zu einer im höheren Sinne schöpferischen Realpolitik“ ermöglichen (Hinder, 1956: 56). Die

---

11) Eine Ausnahme war in dieser Hinsicht Wolf Schenke (1914–1989), der den Zweiten Weltkrieg teilweise in China verbracht und in den fünfziger Jahren eine Reihe von Chinabüchern verfasst hatte, die auch heute noch lesenswert sind. Er sah den Aufstieg Chinas zur Weltmacht schon kurz nach Maos Revolution als wahrscheinlich an. Schenke hatte vor dem Krieg auf Wunsch von Haushofer über China geschrieben und blieb der Zeitschrift auch unter Pfeffer und Hinder als Autor verbunden.

neue Redaktionslinie verstand Geopolitik (häufig wurde auch der Begriff „Geozozoologie“ verwendet) nun als eine Art Gegengift gegen „westlichen Kapitalismus“ wie „östlichen Kollektivismus“. Hierzu wurde erklärt, dass beide Seiten in der Systemauseinandersetzung durch „atomaren Nihilismus“ eine Barbarei enthüllten, die „ihnen existentiell gemeinsam ist“ (Loen, 1956: 23). Dieser Autor fügte – wohl in Anspielung auf Spykman und andere „Realisten“ – hinzu: „Im Weltbild atmosphärischer Strategen existiert das Land nur als Gestade, als Objekt imperialer Angriffe, als Ziel von Eroberung und Ausbeutung“. Dagegen sollte „Geopolitik in klarem Gegensatz zu jeder Form mechanistischen und substanzlosen Macht- und Herrschaftsdenkens“ stehen, bzw. „in definitivem Gegensatz zu allen hegemonialen und imperialen Theorien der Macht. Geopolitik ist existenzieller Antimaterialismus, im Atomzeitalter konstruktiver Antinihilismus und revolutionärer Humanismus“ (ibid.: 22, 24).

In einem weiteren Artikel wurde die Stimson-Doktrin (benannt nach einem US-Außenminister, der am 7. Januar 1932 die Verletzung von US-„Rechten“ in China aufgrund des japanischen Angriffs in der Mandschurei deklarierte und daraufhin das Abkommen über die Begrenzung der Seestreitkräfte als für die USA nicht mehr gültig erklärte) als Umwälzung der internationalen Ordnung angesehen: „Während nach der bisherigen völkerrechtlichen Praxis Konflikte in der Welt durch Gleichgewichts-Systeme lokalisiert und gebannt werden konnten, sollten fortan alle Konflikte ‚im Namen der Einheit der Welt universalisiert‘ werden“ (Loen, 1956: 5).

Diese von Loen geäußerte Kritik war tatsächlich jenseits der beiden Pole der US-Geopolitik verortet. Der Autor wandte sich sowohl gegen den machtpolitischen „Realismus“ wie auch gegen die Scheinalternative einer unter universalistisches Recht gepressten „one world“, wie sie in US-Theorien des sogenannten „liberalen Internationalismus“ aufschien und aufscheint. Tatsächlich findet sich in dieser Art „Liberalismus“ eine zusätzliche Ermächtigung des „Realismus“, d. h. eines „substanzlosen“ Macht- und Herrschaftsdenkens ohne Raum- oder Normbegrenzung.

Allerdings hatte dieses neue kritische Denken der Autoren der Zeitschrift auch Schwächen. Einerseits wurde – fälschlich – das Atomzeitalter als ein nihilistischer

Schlusspunkt traditioneller Machtpolitik interpretiert. Dies unterschätzte völlig die Fähigkeit der Atom- und anderen Mächte, auch weiterhin „traditionelle“ Kriege zu führen, die unterhalb der Schwelle der atomaren Eskalation verblieben. Tatsächlich blühte in der Hochphase des Kalten Kriegs solche Art der Kriegsführung weiter auf, nun ergänzt durch neue Taktiken der Gewalt – durch Geheimdienste, Stellvertreterkriege, Blockaden und andere Kampfformen. In keinem Land der Erde konnte sich eine pazifistische Bewegung dauerhaft gegenüber der Gewalt behaupten. Hoffnungen auf ein „neues Denken“ blieben während und nach dem Kalten Krieg immer randständig und wurden von „realistischen“ Denkern als Ausdruck der Schwäche interpretiert.

Der ZfGp-Herausgeber verstand das Atomzeitalter als grundlegende Umwälzung, denn „[m]it dem Durchdringen der Lufthülle, dem Überholen der Schallgeschwindigkeit, dem Eindringen in den Weltraum, mit den raumgreifenden Waffen und der Aufhellung der kleinsten Materieteilchen in ihren unendlichen Raumdimensionen sind alle bisherigen Raumbilder überholt“ (Hinder, 1958: 38). Im gleichen Zusammenhang erklärte er: „Unter den Bedingungen atomarer Kriegsführung wird der Feindbereich über den Freundbereich ausgeweitet, so daß der Mord am Gegner umschlägt in Selbstmord. Wo die Strategie den Raum so total erfaßt, wird (...) unter Einwirkung der Atomstrategie die Auflösung des Raumes in Form einer totalen Raumzerstörung betrieben“ (Hinder, 1959: 7).

Neben Fundamentalkritik am Atomzeitalter debattierte die Zeitschrift aber auch weiterhin geopolitische Zeitfragen. Ein wichtiges Thema war, ob die Europäer in Anlehnung an Aspirationen von Politikern wie Charles de Gaulle zwischen Ost und West einen dritten Machtpol bilden könnten. Im Beitrag eines US-Amerikaners wurde bestritten, dass eine Wiederherstellung der europäischen Stimme in der Weltpolitik möglich sei: „Es ist (...) zu erwarten, daß Sowjet-Rußland auf die Gründung Großeuropas mit schärfster Opposition reagieren würde. Unter diesen Umständen wäre die Verteidigung Großeuropas ohne amerikanische Hilfe undenkbar. Europa kann daher der Entscheidung für Ost oder West nicht entgehen“ (Blumenthal, 1961: 156).

Auch der damalige Vorsitzende der politischen Planungsabteilung des US-Außenministeriums stellte die US-Führungsrolle als alternativlos da. Ein Angriff der Gegenseite sei jederzeit möglich – insbesondere an westlichen Schwachpunkten wie Griechenland, dem geteilten Berlin oder in Indochina. Der letztgenannte Schauplatz litte an „Schwächen der Bandenabwehr“. Einmal mehr wurde in Anlehnung an Spykman erklärt: „Die USA müssen ein komplettes Instrumentarium militärischer Machtmittel entwickeln, das – unter sensibler und wendiger Kontrolle – alle Gebiete der freien Welt abzuschirmen vermag, sofern wir ringsum eine stabile militärische Lage schaffen und die Erfolgsaussichten kommunistischer Vorstöße vermindern wollen“ (Rostow, 1962: 166).

Zum Thema Vietnamkrieg veröffentlichte die ZfGp bald daraus eine ausführliche und niederschmetternde Analyse. Nach Ansicht des Schweizer Autors war die amerikanische Strategie in Südvietnam ohne jede Erfolgsaussicht. Ursache sei die innere Schwäche des von den USA gestützten südvietnamesischen Regimes, welches durch die katholische Minderheit (etwa 10 Prozent der Bevölkerung) gestellt wurde. Durch Fehlentscheidungen habe es dieses von Ngo Dinh Diem geführte Regime geschafft, praktisch alle anderen Gruppen des Landes gegen sich aufzubringen. Zunächst habe man durch Versprechungen einer Landreform Flüchtlinge aus Nordvietnam angelockt. Dann habe man diese mit Militäreskorte in von Minderheiten (Thai und Moi) bewohnte Gebiete geschickt, wo die Neuankömmlinge den Minderheiten ihre Ackerböden abnehmen sollten. Zusammenfassend erklärte der Autor: „Diem [hatte] schon vor Ausbruch des eigentlichen Bürgerkrieges eine solide Front von enttäuschten Flüchtlingen aus dem Norden, von bedrohten Minoritäten im Hochland, von empörten Demokraten und Liberalen der Intelligenz und der alten Sekten gegen sich“ (Henle, 1964: 96).

Versuche amerikanischer Berater, dem Regime eine Verbreiterung seiner sozialen Basis aufzuzwingen, seien ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Die US-Berater unterschätzten, „[d]aß es in Vietnam einen Nationalgedanken gibt, daß die Wiedervereinigung, der Herauswurf der Fremden, die Bodenreform klare und mit

ungeheurer Energie angestrebte Ziele für ein durch 16 Jahre Kampf hochgradig politisiertes Volk mit einer uralten nationalen Tradition sind“ (ibid.: 101). Statt Landreform und Modernisierung brächten die USA Vietnam nur eine Eskalation der Gewalt: „Die Logik dieses Engagements führt unmerklich Sprosse um Sprosse die Leiter hinauf bis zum direkten Eingreifen und zum Krieg in vollem Umfang“ (ibid.: 105).

Insgesamt sei Südvietnam als Staat gescheitert, denn auch die Absetzung des Diem-Regimes durch das südvietnamesische Militär – erfolgt 1963 – ändere nichts an der Isolation der Staatsführung von der Bevölkerung. Während Diem „die alte feudale Mandarinkaste“ repräsentiert hätte, seien die Generäle „aus dem erst unter dem Protektorat entstandenen städtischen Bürgertum, das im Austausch mit den Kolonialmächten reich wurde“, rekrutiert worden (ibid.: 110). Sie hätten lediglich geputscht, um sich selbst zu bereichern und würden nur durch ihre Furcht vor den armen Bauernmassen zusammengehalten.

Eine für die weitere Entwicklung des Vietnamkonflikts zu dieser Zeit nicht unerhebliche Frage war, ob die USA durch regionale Eskalation möglicherweise auch gegen China Krieg führen könnten. Der langjährige Chinakenner der Zeitschrift verneinte diese Frage klar. Er erinnerte zunächst an seine eigene Voraussage von 1938, dass Japan den Krieg gegen China verlieren würde. Dies sei die Wirkung des „Raum als Waffe“. China sei als große Landmacht nicht durch Luftangriffe oder begrenzte Militäraktionen zu besiegen. Falls die USA China angriffen, würden „Chinas Millionenheere über die Grenzen fließen“ und den Krieg in die Nachbarstaaten tragen (Schenke, 1965: 268). Eine solche Konfliktausweitung würde wiederum die USA zwingen, „überall eigene Truppen zu landen“, wobei sie aber „selbst mit fünf bis sechs Millionen Mann nichts Entscheidendes ausrichten können, vielmehr diese in viele Jahre andauernde, zermürende Kämpfe in einem Terrain verstricken würden, auf dem ihre waffentechnische Überlegenheit in keiner Weise zum Tragen kommt“ (ibid.: 269). Aus dieser Analyse konnte man ableiten, dass die USA über kurz oder lang zu einer Änderung ihrer Asienpolitik gezwungen sein würden. Diese fand dann

tatsächlich durch die diplomatische Annäherung zwischen US-Präsident Richard Nixon und Mao Zedong statt, die auch den amerikanischen Rückzug aus Vietnam vereinfachte.

In der letzten Ausgabe der ZfGp vor ihrer Einstellung am Ende des Jahres 1968 kehrte schließlich ein amerikanischer Autor noch einmal zu den Quellen und Theoretikern der Geopolitik zurück. Er erklärte, dass der Brite Mackinder seine Ideen über den Gegensatz zwischen Land- und Seemacht bzw. zwischen den angelsächsischen Seemächten und Eurasien – insbesondere gegenüber dem „Herzland“ Russland – seinerseits einem deutschen Geographen entlehnt hatte: „[D]ie Wurzeln der Herzland-Theorie sind deutsch“ (Sylvester, 1968: 55). Der deutsche Geographieprofessor Josef Partsch habe in einer auf Wunsch von Mackinder geschriebenen Abhandlung über Mitteleuropa (englische Übersetzung veröffentlicht als „Central Europe“ im Oktober 1903, vier Monate vor der Veröffentlichung von Mackinders berühmtem Vortrag über den „Geographical Pivot of History“) die wesentlichen Ideen geliefert, die dann durch Mackinder popularisiert worden seien (vgl. auch Partsch, 1904: 413–431). Hierzu gehöre vor allem die „Raumnot-Situation Mitteleuropas im Vergleich zu den kolossalen russischen und britischen Weltreichen“ (ibid.: 56). In diesem Zusammenhang habe Mackinder die am Anfang des 20. Jahrhunderts schwache und offene Grenze zwischen den Kontinentalmächten Deutschland und Russland ahistorisch zu einer ewigen Kampfzone – „einer Theorie für alle Zeiten“ (ibid.: 57) – überhöht. „Ob es die alten Stämme waren, die aus den Steppen kamen, oder die gegenwärtigen und zukünftigen Eisenbahnkonstruktionen in die Steppe hinein, das Herzland machte die ‚europäische Geschichte Asien und der asiatischen Geschichte gegenüber untergeordnet...‘“ (ibid., Zitat im Zitat von Mackinder).

Insgesamt habe Mackinder als Theoretiker Zuflucht zur Verallgemeinerung, zum Sinnspruch und zur Idee des Gleichgewichts der Kräfte genommen. Sein Schaffen sei „seit er kaum noch Fußnoten anführte“ aus vielen fremden Quellen geschöpft. Dabei habe er mit wenig eigener Forschungsanstrengung den Interessen des britischen Imperialismus gedient und deshalb den Konflikt zwischen den beiden Landmächten Deutschland und Russland als objektiv notwendig erscheinen lassen. Insofern habe

Mackinder Ovids Worte „Fas est ab hoste doceri“ (Man muss von seinen Gegnern lernen) beherzigt (ibid.: 55).

Mit diesem provokanten Schlusspunkt, der noch einmal auf die Frage der Wirkungsmacht geopolitischer Ideen zurückverwies – und damit die drei Phasen der Zeitschrift, nämlich die Weimarer Republik, NS-Deutschland und die Bundesrepublik Deutschland – miteinander verband, stellte die ZfGp ihr Erscheinen ein.

## V. Fazit: Geopolitik zwischen Theorie und Ideologie

Dieser Artikel hat Inhalte der Zeitschrift für Geopolitik nach dem Zweiten Weltkrieg (von der Neuveröffentlichung 1951 bis zur Einstellung 1968) untersucht. Um überhaupt eine Schneise in die Materialfülle schlagen zu können, wurde dabei das Thema „Eurasien“ bzw. der Konflikt zwischen den beiden Hauptmächten des Kalten Kriegs, den USA und der Sowjetunion als den führenden See- und Landmächten, in den Mittelpunkt gestellt. Andere ZfGp-Themen mussten aus Platzgründen ignoriert werden.

Die Grundfrage lautete, welchen Stellenwert geopolitische Theorien über den Konflikt zwischen See- und Landmächten in der Geschichte haben. Beschreiben sie die Wirklichkeit oder sind sie Ablenkungsmanöver von anderen Faktoren? Diese Fragestellung betrifft vor allem die Relevanz von Mackinders „Theorie“ über das sogenannte „Herzland“ bzw. die „Region des Dreh- und Angelpunkts“. In seinen Veröffentlichungen erklärte Mackinder, dass die Kontrolle der eurasischen Landmasse der Hauptpreis in der Weltpolitik sei. Er sah einen Aufstieg der Rolle der Landmacht auf Kosten der Seemacht voraus – oder gab zumindest vor, ihn vorauszusehen. Das Zentrum der Weltlandmasse, also das „Herzland“, lokalisierte Mackinder in seinen geopolitischen Veröffentlichungen an verschiedenen Punkten zwischen Kontinentalosteuropa und Westsibirien. Dabei folgten die Grenzen des „Herzlands“ in seinem Denken der russischen bzw. sowjetischen Machtausdehnung (Mackinder, 1904, 1919, 1943).

Aber lassen sich bei Mackinder und anderen geopolitischen Autoren seiner Epoche tatsächlich analytische Faktoren finden, die gleichsam für „alle Zeiten“ wirksam sind? Widerspricht dies nicht der Erfahrung, dass die Rolle des Raums in der geschichtlichen Entwicklung einer ständigen Umwälzung ausgesetzt ist? Geht es bei Mackinder nicht eher darum, ein Feindbild Russland (und indirekt auch ein Feindbild Deutschland) zu entwickeln? Und rechtfertigen er und seine Vorgänger wie z. B. Mahan und seine Nachfolger wie z. B. Spykman nicht die historische Notwendigkeit des britischen Empire und später der Übernahme dieser britischen Weltführungsrolle durch die USA, um die „ewige Gefahr“ der Expansion der Hauptlandmächte – Russland, Deutschland, evtl. in unserer heutigen Zeit auch China – zu stoppen? Kurzum: was können wir von Mackinder heute noch lernen?

Natürlich könnte man es sich einfach machen und die Frage mit der Feststellung beantworten, dass eine Theorie wie die des „Herzlands“ von Mackinder solange „wahr“ ist, wie sie in amerikanischen und anderen Ausbildungsstätten gelehrt wird, die Staat und Militär zuarbeiten. Der amerikanische pragmatische Philosoph William James (1842–1910) erklärte zum Thema „Wahrheit“: „Die Wahrheit *widerfährt* einer Idee. Sie *wird* wahr, wird von Ereignissen wahr gemacht. Ihre Richtigkeit ist tatsächlich ein Ereignis, ein Prozess“. An andere Stelle erklärte James diesen Prozess aus Sicht der handelnden Akteure wie folgt: „Überzeugungen (...) sind in Wirklichkeit Regeln für das Handeln. (...) Das Wahre ist der Name für all das, was sich als gut erweist, wenn wir daran glauben...“ (James, zitiert in Ferguson, 2016: 250). „Wahrheit“ entsteht aus dieser Perspektive im Kopf der Akteure.

Gleichzeitig würde man es sich mit einer solchen Haltung immer noch zu einfach machen. Wenn Ideen der Akteure einfach aus dem „Ereignis“ herrühren (wie bei James), was geschieht dann mit den materiellen Vorbedingungen der Politik, d. h. dem Element, welches man als „geopolitischen Materialismus“ bezeichnen könnte? Schließlich bekommen die Akteure ihre Rolle zumindest teilweise durch die äußeren Faktoren zugewiesen, sind ihre Möglichkeiten tatsächlich auch durch solch „objektive“ Faktoren vorherbestimmt.

Im internationalen System unserer Zeit sind die USA, Russland und China ohne Zweifel die Hauptmächte. Sie unterscheiden sich in ihrer globalen geopolitischen Bedeutung klar von den anderen Mächten innerhalb und außerhalb der OECD-Staatengruppe (einem Staatenklub von 35 „entwickelten“ Mitgliedsstaaten, in dem Russland und China nicht Mitglied sind). Jede der drei Hauptmächte besitzt in bestimmten Machtfeldern die Führungsrolle, z. B. die USA bei den Militärausgaben und der Unterhaltung eines globalen Netzwerks von Militärbasen, Russland bei der Raumausdehnung und China bei der Bevölkerungszahl. Obwohl jede dieser raumbezogenen Faktoren beständiger Veränderung unterliegt, bleiben doch alle Dimensionen objektiv wichtig und bestimmen die Handlungsmöglichkeiten dieser Staaten, bzw. schränken die anderer Staaten ein. Darum soll zum Abschluss noch einmal kurz auf die Rolle jeder dieser drei Hauptmächte eingegangen werden.

Was die Rolle der USA betrifft, hat dieses Land seit dem Ende des Kalten Kriegs 1991 versucht, alle sich nun im „postsowjetischen“ Raum befindlichen Staaten durch Einbindung in Militärallianzen und US-Truppenstationierungen in das eigenen Machtssystem einzubinden. Zusätzlich begannen die USA eine Politik des „regime change“ in Ländern, die in der Vergangenheit entweder eine gewisse Autonomie durch „Pendeln“ zwischen konkurrierenden Mächten gewonnen hatten (z. B. der Irak zur Zeit Saddam Husseins, welcher außenpolitisch zwischen den USA, Frankreich und der Sowjetunion „pendelte“) oder auf Seiten der Sowjetunion gestanden hatten. Die dabei von den USA für einen „regime change“ ins Auge genommenen Staaten waren, soweit sich dies aus den Aussagen der Beteiligten und Beobachter rekonstruieren lässt, seit spätestens 2001 zunächst der Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Iran, Somalia und Sudan (Clark, 2007).

Aus heutiger Sicht gelang den USA dabei in den frühen Jahren des 21. Jahrhunderts durch offene und verdeckte Kriegsführung die Absetzung der Regierungen einiger dieser sieben Länder. Allerdings begann in jedem dieser Fälle gleichzeitig ein allgemeiner Staatskollaps, der sich durch nachfolgende Flüchtlingskrisen auch auf die Nachbarländer und die Europäische Union destabilisierend auswirkte. Die auf

diese Weise „gescheiterten Staaten“ – insbesondere Irak, Libyen, Somalia und Sudan – befinden sich nun in einer Art geopolitischem Niemandsland. Die Folge war die Entstehung von Dauerkriegszonen, die jedoch eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit ausländischer (und besonders von US-) Firmen nicht notwendigerweise ausschloss, sie möglicherweise sogar noch beförderte. Obwohl der irakische Staat heute in mancher Hinsicht „gescheitert“ erscheint, sind die auf seinem Territorium durch ausländische Firmen geförderten Ölmengen seit einigen Jahren auf historischem Rekordniveau. Das „Scheitern“ von Staaten ist also ein geopolitischer Vorgang und bedeutet zugleich die Einsetzung neuer Formen von Ordnungssystemen, insbesondere der Privatisierung staatlicher und militärischer Aktivitäten. Dabei werden z. B. Milizen aufgestellt oder Sonderwirtschaftszonen eingerichtet, die der Souveränität des Staats, soweit er noch existiert, dauerhaft entzogen werden. Die Ausbeutung von Rohstoffen wird dadurch in vielen Fällen erleichtert.

Insgesamt lässt sich in den Stellungnahmen von US-Autoren, die der politischen Führung nahestehen (vgl. z. B. Zbigniew Brzezinski, Thomas Barnett, Robert Kagan oder kürzlich H. R. McMaster) feststellen, dass ihr Denken der Traditionslinie von Mahan, Mackinder und Spykman folgt. So erklärte der durch US-Präsident Donald Trump zum nationalen Sicherheitsberater ernannte McMaster in Bezug auf einen „Thomas Mackinder“ (er konnte sich an den korrekten Vornamen nicht erinnern), dieser habe mit Hinsicht auf die „Erschütterungszonen“ Eurasiens („shatter zones of the Eurasian landmass“) eine Vorwärtsverteidigung gegen die „russische Drohung“ und Abschreckung gegenüber „revisionistischen Mächten“ gefordert. Eine indirekte Abschreckung („offshore balancing“) sei dagegen nicht ausreichend. Solche Aussagen zeigen auf, dass die geopolitische Konkurrenz zwischen den USA einerseits und Russland und China andererseits im Denken der amerikanischen Autoren die zentrale Rolle einnimmt (McMaster, 2016: 3).

Aus Sicht Russlands erscheint die Entwicklung seit Ende des Kalten Kriegs als Zurückweichen aus dem postsowjetischen Raum ohne Gegenleistung der USA. Die Idee eines Beitritts Russlands zur Nato, die kurzzeitig während der Clinton-

Präsidentschaft durch die russische Seite vorgeschlagen wurde, hätte ein System „kollektiver Sicherheit“ denkbar werden lassen. Es hätte gleichzeitig auch das Ende der geopolitischen Vorstellungen von Mackinder bedeutet. Dieser Weg wurde nicht beschritten, weil die USA ihn nicht wünschten.

Insgesamt war die russische Position seit 1991 durch eine strategische Defensive gekennzeichnet, die aber gelegentliche Gegenstöße – besonders die russische militärische Intervention auf der Krim und die auf ein dortiges Referendum folgende Eingliederung der Halbinsel in die Russische Föderation – nicht ausschloss. Die Krim mit ihrer überwiegend russischstämmigen Bevölkerung, die durch einen innersowjetischen Verwaltungsakt während der Chruschtschow-Ära dem Territorium der Sowjetukraine zugeschlagen worden war, war schon seit der Zarenzeit das Hauptzentrum russischer Seemacht im Schwarzen Meer. Der Verlust der Krim hätte aus geopolitischer Sicht für Russland einen starken Positionsverlust bedeutet, denn der seit 2014 unter US-Einfluss geratene ukrainische Staat hätte die Stationierungsabkommen mit Russland über die Nutzung der dortigen Häfen kündigen können.

Neben dem Sonderfall der Krim besitzt Russland trotz seines Rückzugs weiterhin bedeutenden und teilweise dominanten Einfluss im postsowjetischen Raum. Einerseits bestehen scheinbar durch „Zufall“ entstandene militärische Reststellungen in Zentralosteuropa, wie z. B. die geopolitisch sehr interessante Region „Transnistrien“ mit russischer Militärpräsenz auf dem Gebiet Moldawiens. Andererseits ist Russland die Hauptgarantiemacht in einer Reihe „eingefrorener“ Konflikte im Kaukasus, wie z. B. dem Konflikt zwischen Aserbeidschan und Armenien. Schließlich verteidigt Russland durch seine Militärintervention seit dem 30. September 2015 den syrischen Staat, mit dem seit 1956 enge vertraglich festgeschriebene Beziehungen bestehen, während die USA dort einen „regime change“ anstreben bzw. angestrebt hatten (Dostal, 2016b).

Im Fall der geopolitischen Linie der Volksrepublik China finden sich ebenfalls starke – vielleicht sogar die stärksten – Bezüge zum Denken Mackinders. Die chinesische Strategie erscheint einerseits als Versuch, den von Mackinder 1904 verkündeten

Aufstieg der Landmacht auf Kosten der Seemacht zu verwirklichen, gleichzeitig aber auch die eigene Rolle als Seemacht weiter zu stärken. Wie schon die USA ist auch das heutige China Land- und Seemacht zugleich, was durch die Bezeichnung seiner geopolitischen Initiative „One Belt, One Road“ (ein Gürtel, eine Straße) unterstrichen wird, mit welcher China sein Entwicklungsleitbild der „Neuen Seidenstraße“ 2013 vorstellte. Diese soll die ökonomische Integration Eurasiens durch den kombinierten Ausbau von Transportkorridoren auf dem Land- und Seeweg vorantreiben (für eine Karte, vgl. Mercator Institute for China Studies, 2015).

Neben dem Bau von Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken und der Kontrolle von Seerouten versucht China auch enge Beziehungen zu Staaten zu knüpfen, die beim Bau von Öl- und Gaspipelines und anderer für die chinesische Industrie wichtiger Infrastruktur die Durchbrechung einer amerikanischen Seeherrschaft ermöglichen würde (z. B. Pakistan und Myanmar). In diesem Zusammenhang hat China auch die „Shanghai Cooperation Organization“ (Hauptbüro in Peking) für die Sicherheitszusammenarbeit und die „Asian Infrastructure Investment Bank“ (Hauptbüro in Peking) für die wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgestellt. Diese Initiativen zielen darauf ab, mit den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen stark auf Washington ausgerichteten internationalen Finanzinstitutionen wie z. B. dem IWF und der Weltbank zu konkurrieren.

In jedem Fall muss die weitere Entwicklung dieser chinesischen Initiativen wie auch die Reaktion anderer eurasischer Länder darauf abgewartet werden (Yoon, 2017). Dabei werden die Erfolgsaussichten maßgeblich von der inneren Stabilität Chinas sowie der Qualität der Zusammenarbeit zwischen den beiden eurasischen Hauptmächten China und Russland bestimmt werden. Eine enge Zusammenarbeit der beiden Hauptmächte würde auch andere wichtige Staaten der Region wie z. B. Iran, Pakistan und Indien dazu ermutigen, neue geopolitische Szenarien zu erkunden. Die USA werden ihrerseits versuchen, Russland und China durch eigene Initiativen geopolitisch zu neutralisieren. Ob dazu die seit 2001 anhaltende US-Politik der militärischen Konfrontation weiter fortgesetzt wird, muss die Zukunft zeigen. Gegenwärtig erscheint es, als ob US-Präsident Trump die Linie seiner Vorgänger

fortsetzen bzw. noch radikaler vorantreiben will – diese Haltung ist das genaue Gegenteil seiner im Präsidentschaftswahlkampf 2016 geäußerten Ansichten.

Zum Abschluss soll nun noch einmal auf die bleibende Relevanz der in der ZfGp behandelten Themen eingegangen werden. Zunächst kann betont werden, dass die in der Zeitschrift beschriebenen geopolitischen Probleme – d. h. die Analyse von Regionen chronischer geopolitischer Stellvertreterkonflikte zwischen den großen Mächten – in unserer eigenen Zeit weiterhin hochaktuell sind. Man muss z. B. feststellen, dass die in der Zeitschrift analysierte amerikanische Kriegsführung in Vietnam, welche neben Distanzwaffen (besonders Bombardierungen aus der Luft) den Fokus auf verdeckte Kriegsführung und die Zusammenarbeit mit lokalen Hilfskräften (z. B. ethnischen Minderheiten) legte, auch heute aktuell erscheint. Die militärische Taktik der USA in Vietnam, die ihrerseits von früheren Erfahrungen der Kolonialmächten wie Frankreich inspiriert war, wird heute in ähnlicher Weise in der arabischen Welt und in anderen Regionen von den USA und anderen Mächten weiter angewendet.

Dabei zeigte sich, dass die in der Zeitschrift unter dem Eindruck der Atombewaffnung einsetzende Überzeugung, dass Kriege zwischen den Großmächten im Atomzeitalter unmöglich geworden seien, falsch war. Tatsächlich änderte sich nur die Art und Weise der Kriegsführung. Sie war weniger als je zuvor an Regeln gebunden. In unserer Gegenwart werden Kriege nicht mehr offiziell erklärt oder durch Friedensverträge beendet. Stattdessen herrscht ein permanenter Kriegszustand, in dem Staaten sich aller möglichen Akteure bedienen, um ihre geopolitischen Interessen zu befördern. Es herrscht das „Recht“ des Stärkeren. So bleibt Karl Haushofers Bemerkung darüber „wie weit die Menschheit in der Praxis noch von dem Zustand ist, Macht durch Recht ersetzen zu können“ (1939: 67), in unserer Gegenwart bedrückend gültig.

## Literaturverzeichnis

- Allard, Sven. *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941*. Bern und München: Francke Verlag, 1974.
- Blumenthal, Henry. „Über die Grenzen und Ziele der deutschen Geopolitik“, *Zeitschrift für Geopolitik (ZfGp)*, 32. Jg., Heft 4, 1961, S. 153–157.
- Botsch, Gideon. „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940–1945. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2006.
- Clark, Wesley. „Wars Were Planned – Seven Countries In Five Years“, *Democracy Now*, March 2007, [https://www.youtube.com/watch?v=9RC1Mepk\\_Sw](https://www.youtube.com/watch?v=9RC1Mepk_Sw).
- Deutschland, Heinz (Hrsg.). *Käte und Hermann Duncker. Ein Tagebuch in Briefen (1894–1953)*, unter Mitarbeit von Ruth Deutschland. Berlin: Karl Dietz Verlag, 2016.
- Dostal, Jörg Michael. „Auf der Suche nach dem Dreh- und Angelpunkt der Geschichte: Die Eurasien-Debatte der Zeitschrift für Geopolitik (1924–1932)“, *Zeitschrift der Koreanisch-Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaften*, 26. Jg., Heft 4, 2016a, S. 29–72.
- Dostal, Jörg Michael. „Transnational War in Syria: The Eisenhower Doctrine in the 21st Century?“, *Studia Politica: Romanian Political Science Review*, 16. Jg., Heft 2, 2016b, S. 179–217.
- Eitel, Josef. „Zur Frage des ‚Europäisch Denkens‘“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 3, 1951, S. 207–208.
- Fairgrieve, James. *Geographie und Weltmacht. Eine Einführung in die Geopolitik*. Übers. von Martha Haushofer mit einem Geleitwort von Karl Haushofer. Berlin: Kurt Vowinckel Verlag, 1925.
- Ferguson, Niall. *Kissinger. Der Idealist - 1923–1968*. Übers. von Michael Bayer und Werner Roller. Berlin: Propyläen, 2016.
- Gallo, William. „Clinton Says ‚US Would Ring China With Missile Defense‘“. *Voice of America News*, 14. Oktober 2016, <http://www.voanews.com/a/clinton-says-us-would-ring-china-with-missile-defense/3550418.html>.
- Guderian, Heinz. „Raum und Zeit in der modernen Kriegsführung“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 1, 1951, S. 7–13.

- Haushofer, Karl. *Dai Nihon. Betrachtungen über Groß-Japans Wehrkraft, Weltstellung und Zukunft*. Berlin: Ernst Siegfried Mittler und Sohn, 1913.
- Haushofer, Karl. *Geopolitik des pazifischen Ozeans*. Berlin: Kurt Vowinckel Verlag, 1924.
- Haushofer, Karl. „Der Ost-Eurasiatische Zukunftsblock“, *ZfGp*, 2. Jg., Heft 2, 1925, S. 81-87.
- Haushofer, Karl. *Japans Reichserneuerung. Strukturwandlungen von der Meiji-Ära bis heute*. Berlin: Walter de Gruyter, 1930.
- Haushofer, Karl. *Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung*. II. neubearbeitete Auflage. Heidelberg: Kurt Vowinckel Verlag, 1939.
- Haushofer, Karl. „Grundzüge der Geopolitik von Groß-Südostasien“, *ZfGp*, 20. Jg., Heft 9, 1943, S. 328-336.
- Henle, Hans. „Das Vietnam-Problem. Zehn Jahre verfehlte Südostasien-Politik der USA“, *ZfGp*, 35. Jg., Heft 3-4, 1964, S. 87-110.
- Hildebrandt, Walter. „Wie stark ist der Osten? Eine Ost-West-Bilanz nach den Produktionsergebnissen von 1953“, *ZfGp*, 25. Jg., Heft 7, 1954, S. 389-401.
- Hinder, Rolf. „Verehrte Leser“, *ZfGp*, 27. Jg., Heft 12, 1956, S. 55-56.
- Hinder, Rolf. „Leitsätze der Arbeit des Instituts“, *ZfGp*, 28. Jg., Heft 9, 1957, S. 60-61.
- Hinder, Rolf. „Vom Sinn der modernen Geopolitik“, *ZfGp*, 29. Jg., Heft 1, 1958, S. 35-38.
- Hinder, Rolf. „Pakte im Licht der modernen Geopolitik“, *ZfGp*, 30. Jg., Heft 4, 1959, S. 7-10.
- Jacobsen, Hans-Adolf. *Karl Haushofer - Leben und Werk - Band I. Lebensweg 1869-1946 und ausgewählte Texte zur Geopolitik*. Schriften des Bundesarchiv, 24/I. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag, 1979a.
- Jacobsen, Hans-Adolf. *Karl Haushofer - Leben und Werk - Band II. Ausgewählter Schriftwechsel*. Schriften des Bundesarchiv, 24/II. Boppard am Rhein: Harald Boldt Verlag, 1979b.
- Just, Arthur W. „Zu Hans Raupachs Deutung der Sowjetischen Außenpolitik“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 2, 1951, S. 141-142.
- Kern, Ernst. „Krieg, Recht und Moral“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 4, 1951, S. 213-215.
- Laun, Rudolf. „Das Völkerrecht und die Verteidigung Deutschlands“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 5, 1951, S. 277-289.

- Loen, Ernst van. „Geopolitik oder Imperialismus? Vom planetarischen Machtdenken zum raumgesetzlichen Ordnungsdenken“, *ZfGp*, 27. Jg., Heft 2, 1956, S. 19–24.
- Loen, Ernst van. „Weltherr Amerika. Von der westlichen Hemisphäre zur planetarischen Machtergreifung“, *ZfGp*, 27. Jg., Heft 5, 1956, S. 3–6.
- Mackinder, Halford J. „The Geographical Pivot of History“, *Geographical Journal*, 23. Jg., Heft 4, 1904, S. 421–437.
- Mackinder, Halford J. *Democratic Ideals and Reality: A Study in the Politics of Reconstruction*. London: Constable and Company, 1919.
- Mackinder, Halford J. „The Round World and the Winning of the Peace“, *Foreign Affairs*, 21. Jg., Nummer 4, 1943, S. 595–605.
- McMaster, H. R. „Harbingers of Future War: Implications for the Army“, Center for Strategic and International Studies Military Strategy Forum, Washington, D.C., 4. Mai 2016, [https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/event/170504\\_Harbingers\\_Future\\_War\\_Implications\\_Army\\_Mcmaster.pdf?BRTlMaCvjKV\\_\\_CwvdqkS7VUJvNUIWc0v](https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/event/170504_Harbingers_Future_War_Implications_Army_Mcmaster.pdf?BRTlMaCvjKV__CwvdqkS7VUJvNUIWc0v).
- Mahan, A. T. *The Problem of Asia and Its Effect upon International Policies*. Boston: Little, Brown, and Company, 1900.
- Maurach, Reinhart. „Die armenische Frage als Problem der Kriegsführung“, *ZfGp*, 24. Jg., Heft 7/8, 1953, S. 404–416.
- Mercator Institute for China Studies. „One Belt, One Road: Mit der Seidenstraßeninitiative baut China ein globales Infrastrukturnetz“, Dezember 2015, <https://www.merics.org/de/merics-analysen/china-mapping/seidenstrassen-initiative/>.
- Mueller, Herbert. „Rußland und China“, *ZfGp*, 25. Jg., Heft 12, 1954, S. 705–712.
- Ohne Verfassername. „Die Legende von der Unüberwindlichkeit der Sowjetunion“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 6, 1951, S. 341–348.
- Palacio, Juan Fernando. „Was Geopolitics Born 60 Years Before Mahan and Mackinder? The Forgotten Contribution of Friedrich List“. *L'espacepolitique*, 21–3, 2013, <https://espacepolitique.revues.org/2763>.
- Partsch, Josef. „Die geographischen Bedingungen der Landesverteidigung“, in *ibid.*, *Mitteuropa. Die Länder und Völker von den Westalpen und dem Balkan bis an den Kanal und das Kurische Haff*. Gotha: Justus Perthes, 1904, S. 413–431.
- Pfeffer, Karl Heinz. „Fünf Jahre Neue Folge Der Zeitschrift für Geopolitik“, *ZfGp*, 26. Jg., Heft 10, 1955, S. 770–771.

- Ramos, Paulo Jorge Batista. „The Role of the Yale Institute of International Studies in the Construction of the United States National Security Strategy, 1935–1951“, D.Phil–Dissertation, Department of Government, University of Manchester (UK), 2003.
- Rauch, Georg v. „Sowjet–Patriotismus?“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 2, 1951, S. 94–105.
- Rostow, Walt W. „Die politische Strategie der USA“, *ZfGp*, 33. Jg., Heft 6, 1962, S. 165–166.
- Schenke, Wolf. „Ein Mythos zerplatzt. Die Senats–Untersuchung über die Abberufung General MacArthurs“, *ZfGp*, 22. Jg., Heft 7, 1951, S. 428–438.
- Schenke, Wolf. „Ein Krieg der USA gegen China“, *ZfGp*, 36. Jg., Heft 9/10, 1965, S. 267–269.
- Semjonow, Juri. „Die Zeitschrift für Geopolitik im Urteil Moskaus“, *ZfGp*, 25. Jg., Heft 10, 1954, S. 635–637.
- Spang, Christian W. *Karl Haushofer und Japan: Die Rezeption seiner geopolitischen Theorien in Deutschland und Japan*. Deutsches Institut für Japanstudien, Band 52. München: Iudicium, 2013.
- Spykman, Nicholas J. *America’s Strategy in World Politics*. New York: Harcourt, Brace and Company, 1942.
- Spykman, Nicholas J. *The Geography of the Peace. Edited by Helen R. Nichol*. New York: Harcourt, Brace and Company, 1944.
- Sylvester, John Andrew. „Mackinder lernte von den Deutschen“, *ZfGp*, 39. Jg., Heft 11/12, S. 55–59.
- Thompson, Reginald. „Die militärische Lage Koreas“, *ZfGp*, 23. Jg., Heft 6, 1952, S. 325–327.
- U.S. Department of Defense. „Unified Command Plan“, ohne Datum, <https://www.defense.gov/About/Military–Departments/Unified–Combatant–Commands/>.
- Weigert, Hans W. „America’s ‘Security Situation’ Tomorrow“, April 22, *The Saturday Review of Literature*, 1944, S. 10, 31.
- Wevell, Basil H. v. „Die Sowjetunion und die Lehre A.T. Mahans“, *ZfGp*, 24. Jg., Heft 3, 1952, S. 135–141.
- Yoon, Ja–young. „Korea to bolster economic ties with Eurasia“, *Korea Times*, 8. Dezember 2017, [https://www.koreatimes.co.kr/www/biz/2017/12/367\\_240561.html](https://www.koreatimes.co.kr/www/biz/2017/12/367_240561.html).

## The Journal of Geopolitics (Zeitschrift für Geopolitik) between 1951 and 1968: German and Eurasian Analysis of the Korean and Vietnam Wars During the Cold War Era

Jörg Michael Dostal \*

### <Abstract>

This article examines the third publishing period of the ‘Journal of Geopolitics’ (Zeitschrift für Geopolitik) following its re-founding in the Federal Republic of Germany under the editorship of sociologists Karl Heinz Pfeffer (1951 to 1956) and Rolf Hinder (1956 to 1968). The monthly journal had already been published in two earlier periods, namely in Weimar Republic Germany and under the Nazi regime (1924–1944). The first section provides some biographical background on the two editors Pfeffer and Hinder. The second part discusses four classical geopolitical thinkers, namely Alfred T. Mahan, Halford J. Mackinder, Karl Haushofer (the founding editor of the Journal of Geopolitics in charge of the publication between 1924 and 1944), and Nicholas J. Spykman. This section further examines how their often rather contradictory geopolitical ideas were applied during the Cold War period.

The third and fourth parts deal with efforts to develop a West German ‘national neutralism’ during the Cold War, examining shifts in the journal’s political line away from power politics and in favor of pacifism, which was at least partially motivated by the experience of the wars in Korea and Vietnam. The conclusion highlights the ongoing relevance of ideas of a Eurasian continental bloc, on the one hand, and of demands for global hegemony on the other – major themes of classical geopolitical thinking – in contemporary conflicts between the USA, Russia, and China.

**Key words:** Eurasia, geopolitics, Cold War, Korean War, Vietnam War,  
Journal of Geopolitics, Zeitschrift für Geopolitik

---

\* Associate Professor, Graduate School of Public Administration (GSPA), Seoul National University

## 1951-1968년 시기의 지정학논총(Zeitschrift für Geopolitik): 독일과 유라시아의 관점에서 본 한국전쟁, 베트남전쟁과 냉전

Jörg Michael Dostal \*

### <국문초록>

본 논문은 지정학논총(Zeitschrift für Geopolitik)의 세 번째 출판시기를 연구한 것이다. 1951년부터 서독에서 출간된 이 시기의 잡지 편집자는 1951년부터 1955년까지 칼 하인츠 페퍼(Karl Heinz Pfeffer)였고, 1956년부터 1968년까지는 로프 힌더(Rolf Hinder)였다. 물론 이 잡지는 이미 바이마르공화국과 나치독일에서 출간된 바 있다.

본 논문의 서론에서는 편집자이자 사회학 박사인 페퍼박사와 힌더박사에 대해 짧게 소개한다. 제2장에서는 고전적인 지정학자인 알프레드 T. 마한(Alfred T. Mahan), 험포드 J. 맥킨더(Halford J. Mackinder), 지정학논총의 창간시기인 1924년에서 1944년까지의 편집자 인 칼 하우스호퍼(Karl Haushofer)와 니콜라스 J. 스파이크맨(Nicholas J. Spykman)의 4명의 사상가에 대해 설명한다. 여기서 이들의 냉전에 대한 때로는 모순적인 생각들이 어떻게 이용 되었는지 보여줄 것이다.

제3장과 제4장에서는 서독의 “내셔널 중립주의”의 발전시도를 다루고, 이어서 부분적으로 냉전 중의 한국전쟁과 베트남전쟁의 경험에 반응하여 형성된 권력비판적이고 평화적인 입장에 대한 지정학논총의 관심을 다룬다.

결론 부분에서는 한편으로 유라시아 대륙의 블록 아이디어의 의미와 다른 한편에서는 미국, 러시아와 중국 사이의 현재진행중인 갈등 속에서 글로벌한 헤게모니 요구 (고전적인 지정학의 사고형태)의 지속적인 중요성을 강조하고자 한다.

**주제어:** 유라시아, 지정학, 냉전, 한국전쟁, 베트남전쟁, 지정학논총

논문접수일자: 2017년 11월 16일

논문심사일자: 2017년 12월 03일

게재확정일자: 2017년 12월 08일

---

\* 서울대학교 행정대학원, 부교수